

Ist es nicht an sich schon klar, daß man von der Revolutionierung der Studentenschaft nur vom Standpunkt einer ganz bestimmten Auffassung über Inhalt und Charakter dieser Revolutionierung sprechen kann? Für einen Kommunisten bedeutet sie erstens die Verbreitung der kommunistischen Anschauungen in der Studentenschaft und den Kampf gegen jene Ansichten, die sich zwar "sozialistisch" und "revolutionär" nennen, aber mit dem revolutionären Sozialismus nichts gemein haben, und zweitens das Bestreben, jede demokratische Bewegung in der Studentenschaft auszuweiten, sie bewußter und entschlossener zu machen.

Lenin

KHZ  MSO

Kommunistische Hochschul-Zeitung **Nr.1/März 73**

INHALT:

MSO - INFORMATIONSSTAND JEDEN MITTWOCH 10 - 13 UHR
UNI - MENSA

MSO - GRUNDKURS: DARLEGUN UND DISKUSSION DER POLITIK DER MSO UND EINFÜHRUNG IN DIE GRUNDLAGEN DES MARXISMUS-LENINISMUS. JEDEN DIENSTAG, 19 UHR, LAGERGASSE 18

TREFFPUNKT LEOBEN: "SCHULUNGSGRUPPE POLITISCHE ÖKONOMIE"
JEDEN DONNERSTAG 19 UHR: ROSEGGERGASSE 5 (STUDENTENHEIM)

IMPRESSUM: Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Marxistische Studentenorganisation (MSO). Für den Inhalt verantwortlich: Markus Scheucher; alle: Grillparzerstr. 31, 8010 Graz.

EDITORIAL

Die Kommunistische Hochschul-Zeitung (KHZ) wird von der Marxistischen Studentenorganisation Graz (MSO) herausgegeben. Die KHZ ist keine berufsständische Zeitung für Studenten, sondern eine politische Zeitung. Sie versteht sich als zentrales, auf lange Sicht angelegtes Propagandaorgan für die Hochschulen und hängt sich nicht an diejenigen "Studentenvertreter" an, die immer dann erwachen und sich berufen fühlen, "die Studenten aus ihrem Dornröschenschlaf zu reißen", wenn eben Wahlen (ÖH-Wahlen im Juni 1973) bevorstehen und der persönliche Lorbeer winkt.

Die wesentliche Funktion der Zeitung bestimmt sich aus dem Charakter der MSO und dem Ziel ihrer Politik: die MSO arbeitet derzeit in zwei Bereichen. Einerseits schafft sie die notwendigen Voraussetzungen, um einen Kommunistischen Zirkel aufzubauen und so einen wesentlichen Schritt zu tun beim Aufbau einer Partei der Arbeiterklasse. Andererseits versucht sie, in anderen Bereichen (derzeit hauptsächlich auf der Uni) kommunistische Politik zu betreiben und so andere Klassen und Schichten für das Bündnis mit der Arbeiterklasse zu gewinnen.

Warum aber Aufbau einer kommunistischen Partei, wo es doch die KPÖ gibt? Die MSO war selbst bis Sommer 72 eine befreundete Organisation der KPÖ, einzelne MSO-Mitglieder waren auch KPÖ-Mitglieder. Der Grund für dieses Bündnis mit der KPÖ war einerseits die richtige Erkenntnis, daß jede fortschrittliche und demokratische Bewegung nur im Bündnis mit der Arbeiterklasse eine Perspektive gewinnen kann, daß nur durch das Bündnis mit der Arbeiterklasse die Perspektive des Sozialismus auch für andere Klassen und Schichten vermittelbar ist; andererseits die falsche Annahme, daß die KPÖ die revolutionäre Vorhut der österreichischen Arbeiterklasse darstelle. Als sich jedoch herausstellte, daß dies keineswegs der Fall ist, sondern daß die KPÖ eine bürgerliche Arbeiterpartei geworden ist, eine Partei, die in Wirklichkeit bereits das Ziel der Arbeiterklasse, den Sozialismus, aufgegeben hat und daher auch die unmittelbaren Tagesinteressen der Arbeiter nicht mehr konsequent vertreten kann, kam es zum völligen politisch-ideologischen und organisatorischen Bruch mit der KPÖ. Dies stand auch im Zusammenhang mit unserer Einordnung in die Kommunistische Weltbewegung (die für uns notwendig ist, da wir nicht aus der Tradition der Arbeiterbewegung kommen, und sich für uns Probleme stellen, die in der Kommunistischen Weltbewegung längst gelöst sind, die wir aber neu aufarbeiten müssen); dies bedeutete, klar auf Seiten der chinesischen und albanischen Kommunisten Stellung zu beziehen, und damit gegen die sowjetischen Revisionisten, die in der Sowjetunion die Restauration des Kapitalismus zielstebig vorantreiben.

Der Aufbau einer Partei der Arbeiterklasse steht aber bei uns noch nicht auf der Tagesordnung. Für die MSO ist es notwendig, die Arbeit im proletarischen Bereich aufzunehmen und an die nächste Etappe, an den Aufbau eines proletarischen Zirkels heranzugehen, der sich zunächst lokal in der Arbeiterklasse verankern und in allen Bereichen kommunistische Politik entfalten muß.

Daraus ergibt sich auch die Arbeit der MSO im Hochschulbereich: hier ist es unser Ziel, in die Studenten kommunistische Propaganda hineinzutragen und einen Teil der Studenten für das Bündnis mit der Arbeiterklasse zu

gewinnen. Das heißt in der jetzigen Phase: alle fortschrittlichen Interessen, die sich gegen eine Ausbildung richten, die bloß den Interessen der "Wirtschaft", d.H. des Kapitals dient, zu unterstützen und weiterzutreiben. Wir müssen also die Ausbildungsbedingungen und Lehrpläne aufs Korn nehmen und die Funktion der bürgerlichen Wissenschaft überhaupt aufzeigen, um eine Kritik daran zu entwickeln; der zweite Ansatzpunkt ergibt sich aus der Berufsperspektive der Studenten.

Die Verstärkung der politischen Arbeit an der Hochschule findet ihren Ausdruck im Aufbau von Institutsgruppen (IGen). Diese IGen werden von kommunistischen und demokratischen Studenten gemeinsam aufgebaut und sind in keiner Weise organisatorisch mit der MSO verbunden. Die Kommunisten in der IG wollen lediglich mit anderen Studenten zusammen konsequent den demokratischen Kampf gegen das Ministerium und die reaktionären Professoren führen, wobei besonders dort angesetzt werden soll, wo die Konflikte für die Mehrzahl der Studenten zunächst aufbrechen: am ungebrochenen Weiterbestehen des Ordinarienunwesens, an der Durchsetzung der monopolkapitalistischen Hochschulreform.

Dieser Kampf ist jedoch sinnlos, wenn er isoliert geführt wi . Dieselben Kräfte, die das UOG g gen die Studenten durchzusetzen versuchen, haben gegen die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen das Stabilisierungsabkommen beschlossen; es sind dieselben Kräfte, die auch versuchen, fortschrittliche Lehrer aus den Schulen zu feuern: die Kapitalisten und ihr verlängerter Arm, der Staatsapparat. Daher also der Grundsatz unserer Hochschulpolitik: "Für das Bündnis der studierenden Jugend mit der Arbeiterklasse!".

Da Ausbildung nicht wertneutal sein kann, oder anders formuliert: nicht über den Wolken, nicht über den Klassen schwebt, sondern immer nur die Herrschaft der Herrschenden rechtfertigen soll, damit gegen die Interessen des Volkes gerichtet ist, wird natürlich auch an der Uni versucht, dieses Bündnis mit allen Mitteln zu verhindern. Deshalb muß unser Grundsatz ergänzt werden durch die Forderung: "Für eine Ausbildung im Dienste des Volkes". Diese Parole beinhaltet nicht den Versuch einer "Philanthropischen Neuorientierung" der Ausbildung innerhalb des Kapitalismus, sondern verweist im Gegenteil gerade auf die Tatsache, daß die Ausbildung im Kapitalismus den Interessen des Kapitals untergeordnet ist; daß daher der Widerstand der Studenten gegen die sich abzeichnende Verschärfung der Studienbedingungen nur dann eine Perspektive hat, wenn er im Bündnis mit und unter der Führung der Arbeiterklasse geführt wird (siehe oben), und daß daher auch im Bereich der Ausbildung der Kampf nicht nur gegen die Hochschulbürokratie, die Ministerien etc. geführt werden darf, sondern daß diese immer als für das Kapital tätige Organe erkannt werden müssen. Die obige Parole wird also nur richtig verstanden, wenn ihr die Losung "Gegen eine Ausbildung im Dienste des Kapitals" hinzugefügt wird.

Die KHZ wendet sich also in erster Linie an Studenten und der Propagierung unserer Politik und der Organisierung der politischen Arbeit. Um jedoch keine borniert-studentische Politik zu betreiben, sollen nicht nur die Fragen aufgegriffen werden, die unmittelbar mit Ausbildung und Berufsperspektive der Studenten zusammenhängen, sondern alle wichtigen politischen Probleme und Ereignisse vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus interpretiert werden, um so den Studenten die Ziele des Kampfes der Arbeiterklasse und der um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Völker zu vermitteln und sie dazu zu bringen, den Kampf um ihre Interessen als Teil des Kampfes gegen Imperialismus und Kapitalismus zu führen, alle ständischen Bestrebungen aufzugeben, sich dadurch der führenden Rolle der Arbeiterklasse in diesem Bündnis unterzuordnen.

Zum „neuen" Universitätsorganisationsgesetz

DIE TENDENZ DES UOG

Die Bildungs- und Hochschulreform ist momentan in aller Munde. Private "Interessensverbände", politische Parteien, die Hochschülerschaft, Professoren, Assistenten usw., alle geben Stellungnahmen zum UOG ab.
Was bedeutet aber das UOG fü die Studenten?
Die momentane Regierungspartei SPÖ will mit dem UOG ein Gesetz durchbringen, das ganz eindeutig die Interessen der Kapitalisten vermittels des Staates vertritt.
Die Neuerungen gegenüber dem HOG (Hochschulorganisationsgesetz) lassen sich dahingehend interpretieren, daß sich im UOG vier Haupttendenzen zusammenfassend ergeben:

1) ZENTRALISIERUNG
2) RATIONALISIERUNG
3) INTENSIVIERUNG
4) POLITISCHE REPRESSION

"..Erfahrungen haben nämlich gezeigt, daß die rationelle Ausnützung der vorhandenen Räumlichkeiten, insbesondere auch im Hinblick auf das Ansteigen der Studentenzahlen und der im Zuge der Studienreform erforderlichen Intensivierung des Unterrichts, nur von der Obersten akademischen Behörde, dem Ministerium, (also Zentralisierung) in zweckmäßiger Weise durchgeführt werden kann." (Erläuterungen zum UOG, § 66)
Die wichtigste Tendenz des UOGs ist zweifelsohne die Rationalisierung (Einsparung von Kosten) des Ausbildungssektors, denn wenn "sich Aufgaben einer rationellen, schnellen und sparsamen Besorgung durch zentrale Einrichtungen entziehen, sollen sie besser von den Instituten dezentralisiert wahrgenommen werden." (Erläuter. § 44§
Eine andere Seite der Rationalisierung liegt für die SPÖ in der Einsparung der zu hohen Kosten, die durch die zu langen Ausbildungszeiten bedingt sind.
"...daß der beabsichtigte Effekt bezüglich der Einsparung von wertvoller Arbeitszeit insbesondere des wissenschaftlichen Personals durch die Zentralisierung der Gebarung ... in vollem Ausmaß eintritt."(Erläut. § 75)
"Die Institution der Tutoren soll zur Intensivierung des Unterrichts beitragen."(Erl. §37)
Der SPÖ als Kapitalsagentur ist es also wichtig, " ...Kommissionen mit Vollmacht.. auszustatten, sofern dies im Interesse der Zweckmäßigkeit, Raschheit, Einfachheit und Kostenersparnis gelegen ist!" (Erl. § 59)
Rasch" heißt, daß der Student in möglichst kurzer Zeit die Uni durchlaufen muß. Ist er der Intensivierung des Studiums nicht gewachsen, dann wird er durch Entzug der Existenzgrundlagen (auch in der Stipendienneuordnung ist eine deutliche Verschärfung zu erkennen) von der Uni entfernt.
Einfach" heißt Ausbildung nach marktgerechten Mustern, damit der Student nach relativ kurzer Ausbildungszeit möglichst schnell in den Produktionsprozeß eingegliedert werden kann.
Man kann es drehen und wenden wie man es will, das Resultat bleibt die Einsparung der Ausbildungskosten für das Kapital (die Unternehmer) und die Intensivierung des Studiums für den Studenten.
Dieser starke Druck auf die Studentenschaft wird früher oder später Gegendruck erzeugen. Immer mehr Studenten werden die Gesetzmäßigkeit der Eingliederung der

Uni in den kapitalistischen Ausbeutungsprozeß durchschauen und sich dagegen wehren, als Vollzugsorgane für die Interessen anderer eingesetzt zu werden.

Aber auch dafür hat sich die SP in "ihrem UOG" etwas ausgedacht: Der Paragraph 97 regelt die Veranstaltungen auf Universitätsboden folgendermaßen:
"Voraussetzung (für Veranstaltungen) ist, daß diese Veranstaltungen wissenschaftliche oder damit im Zusammenhang stehende kulturpolitische Fragen betreffen, daß die Ordnung und Sicherheit auf dem Boden der Hochschule gewährleistet erscheint..."(Etnwurf eines Uog 1972, § 97/3)
"... beauftragen den Rektor mit der Sorge für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung an der Uni.." (UOG, Erl. §68)
Wie kann der Rektor "erahnen", wann es zu Störungen an der Uni kommen kann? Was ist unter Störung der " "Ruhe und Ordnung" auf dem Boden der Uni eigentlich zu verstehen?

Eine Antwort auf diese Fragen kann nur eine Erklärung des Begriffs "Ruhe und Ordnung" in einer kapitalistischen Gesellschaft liefern: "Ruhe und Ordnung" heißt für den Kapitalisten und seinen Staat Anerkennung der Ausbeutung der +) als naturgegebe Gesetzmäßigkeit und Anwendung aller Mittel, dies Status aufrechtzuerhalten und alle demokratischen Bewegungen zu unterbinden, die auf Befreiung in allen Bereichen hinzielen. (Weswegen auch die Polizei auf der Uni gesetzmäßig vertreten sein darf. UOG,Erl. § 68)

Es ist charakteristisch , daß die SPO auf die "Ruhe und Ordnung"-Ideologie zurückgreifen muß, um ihre Geschäfte als Kapitalsagentur gegen die Interessen des Volkes durchzuführen."

Zu den verstärkten ZENTRALI'-SIERUNGTENDENZEN kann man nahezu jeden zweiten Paragraphen zitieren. Das Ministerium für Wissenschaft u. Forschung wurde ja zur besseren Eingliederung der Uni in die Wirtschaftsplanung geschaff n. Zentral regelt alles von
Berufung der Professoren
"Die zuständige akademische Behörde hat den Besetzungsvorschlag, über den das Ministerium automom entscheiden kann, spätestens 3 Monate vor dem voraussichtlichen Freiwerden des Dienstpostens dem Ministerium für Wissenschaft und Forschung vorzulegen. (UOG, § 22/2 und Erl.§23)
Fragen der Quästur
" Die Quästur wird ihre Aufgaben in befriedigender Weise nur dann erfüllen können, wenn sie sich die Methoden der Kundenbetreuuung zum Vorbild nimmt, die von den Banken entwickelt wurden. Die meisten Aufgaben der Verwaltung sind Vorgänge, die siczh nicht grundsätzlich von ähnlichen Vorgängen in der Wirtschaf unterscheiden." (Erl. § 75)
zu Fragen der Forschungsinstitute
" Da es sich um Universitäseinrichtungen handelt, die in einem seh hohen Ausmaß außeruniversitären Aufgaben, insbesondere aber der Wirtschaft zu dienen haben, ist eine rationelle Führung solcher Versuchsanstalten besonders wichtig. Der Absatz 6 versucht, den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit beim Betrieb solcher Versuchsanstalten zu verankern. " (Erl. §85)
zu Fragen der Rechenzentren
"Der Direktor des Rechenzentrums ist vom BMfWuF zu bestellen,(§82/3) "Die Betriebs- und Benützungsordnung bedarf der Genehmigung des BM fWuF." (§ 82/6)

Zusammenfassend kann also festgestellt werden, daß an das eigens zur Zentralisierung geschaffene Ministerium "Anträge und Vorschläge" harangetragen werden dürfen, und daß das Ministerium nicht mehr durch unrationelle Vorgangsweisen in seiner Tätigkeit als Kapitals - agentur beeinträchtigt werden kann.

Bei den Zentralisierungstendenzen in Bezug auf Rechenzentren, Forschungsinstituten,Versuchsanstalten ist ein weiterer Aspekt zu berücksichtigen:

DIE UNTERSTELLUNG DER UNI UNTER DIE UNMITTELBAREN BEDÜRFNISSE DER PRODUKTION.

Nicht nur öffentliche Institutionen (wer ist das?), sondern auch private Unternehmen können sich die Forschung der Uni zugutekommen lassen und so ihre Profite verbessern! Sie benötigen keine

+ Werktätigen

eigenen Forschungseinrichtungen!
Die SPÖ regelt diese Frage ~~xxx~~ schon ansatzweise im UOG und stellt dafür auch ein eigenes Gesetz in Aussicht: " Es ist deshalb vorgesehen, daß ... die allfällige Rest kapazität des Rechenzentrums gegen Entgelt auch für andere Zwecke als die im Gesetz aufgezählten verwendet werden darf." (Erl. § 82)
" Die Erlassung von Bestimmungen über die Durchführung von Untersuchungen , Ausarbeitung von Gut achten und Übernahme anderer Aufgaben <u>im Auftrag Dritter</u> durch Angehörige der Uni, sowei der Betrieb von Universitätseinrichtungen zusammen mit Dritten wird Gegenstand eines besonderen Bundesgesetzes bilden." (UOG, § 98)
Wie sehr aber die Ausbildung den Interessen der Wirtschaft und Industrie unterstellt ist, zeigt besonders deutlich § 100, der genau beinhaltet, wer auf der Uni "etwas zu reden" hat.

<u>§100: Akademischer Rat</u>

Beim BMfWuF wird ein Akademischer Rat eingerichtet, der sich wie folgt zusammensetzt:
a) je ein Vertreter der im Nationalrat vertretenen politischen Parteien;
b) vier Vertreter der Universitätsprofessoren, die von der Rektorenkonferenz zu nominieren sind;
c) vier Vertreter der anderen Universitätslehrer, die vom Zentralausschuß der Hochschullehrer zu nominieren sind;
d) vier Vertreter der Studenten, die vom Zentralausschuß der Österr. Höchschulerschaft zu nominieren sind;
e) je ein Vertreter des <u>Arbeiterkammertages</u>, der <u>Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft</u>, des <u>Österreichischen Gewerkschaftsbundes</u> und <u>der Vereinigung österreichischer Industrieller</u>;
f) bis zu fünf weitere Mitglieder, die vom BMfWuF zur Beratung bestimmter Angelegenheiten oder für eine volle Funktionsperiode berufen werden;
g) weiters können Vertreter öffentlich rechtlicher Interessensvertretungen (Kammern) zugezogen werden, wenn Angelegenheiten beraten werden, die in den Wirkungsbereich der betreffenden Interessensvertretungen fallen.
(3) Den Vorsitz im Akademischen Rat führt der Bundesminister f. Wiss. u. Forschung oder ein vom ihm beauftragter Vertreter." (§ 100)



"Die Erfahrungen haben insbesondere ergeben, daß bei der Beratung von Fragen des Hochschulwesens ... enge Kontakte mit den <u>Sozialpartnern</u> und den Standesvertretern der betreffenden akademischen Berufe von außerordentlich großem Wert sind." (Erl. § 100)
Dieser Paragraph braucht nicht länger kommentiert zu werden. Er zeigt ganz offen, daß in diesem Gremium die wichtigen Entscheidungen über den Köpfen der Studenten getroffen werden. In Anbetracht der offenkundigen Vertretung des Kapitals (durch Handel, Industrie und Gewerkschaft)durch die SPÖ wirken deren Interpretationsversuche, das UOG als Notwendigkeit zur "Europareife" und zur Wahrung der "Freiheit von Wissenschaft und Forschung"

hinzustellen, ziemlich lächerlich. Dieselben Phrasen nehmen auch die anderen bürgerlichen Parteien (FPO, OVP) in den Mund, wenn sie ihre Vorstellungen (so überhaupt vorhanden)zum UOG verlauten lassen.

BILDUNG UND PLANUNG IM KAPITALISMUS – MONOPOLKAPITALISMUS IN ÖSTERREICH

Die kapitalistische Produktionsweise braucht die technische Weiterentwicklung durch die Wissenschaft, um so den immer größer werdenden Anforderungen der Produktion gerecht zu werden. Das bedeutet weiter, daß der Wirtschafts- und Bildungssektor mit seiner Entwicklung den Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise unterliegt. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß die privaten Unternehmen nicht in der Lage sind, die Widersprüche von sich aus zu lösen. Hier wird nun der Staat auf den Plan gerufen. Er übernimmt die Schaffung der allgemeinen Voraussetzungen der einzelkapitalistischen Verwertung. Er regelt die Schulbildung so, daß das Arbeitskräftepotential in drei Gruppen aufgeteilt wird:

1) Träger der allgemeinen Theerie (Forscher, Planer)
2) Technologen (Ausführende der allgemeinen Theorie, Beamte : Kurzstudium, Techniker)
3) Durchschnittsarbeiter (allgemeine Schulbildung und Lehre waren hier ausreichend)

Der Staat greift durch gezielte Maßnamen auch auf dem wirtschaftlichen Sektor ein: "die wirtschaftspolitischen Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig für die Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsgrad und außerwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen (Stabilisierungsabkommen/ Nov. 72).

Die Bildungsplanung wirft im Kapitalismus auf Grund seiner Krisenhaftigkeit eine Reihe von Problemen auf. Die Ausbildung der reinen Durchschnittsarbeit, die sich als unqualifizierte Arbeit im Kapitalismus nur sehr langsam entwickelt, ist relativ leicht, abhängig vom Bevölkerungszuwachs, planbar, da sie ja die Voraussetzung der Lohnarbeit schaffen muß und letzten Endes den Mehrwert produziert. (Die Schulbildung ist nicht auf dem "Wohlfahrtsgedanken" des Staates begründet, sondern ist in der Notwendigkeit der Schaffung der unqualifizierten Arbeit und deren Ausbildung zu erkennen, die der Staat zu leisten hat.)

Die Ausbildung der Durchschnittsarbeit ist also relativ problemlos, da sie nicht dem Krisenzyklus des Kapitals unterworfen ist.

Die Produktion der qualifizierten Arbeit jedoch, die den gegenwärtigen Akkumulationsfond der Kapitalisten beschneidet,(ihnen also vom Mehrwert Kosten abzweigt) lohnt sich für diese bloß, wenn auch ihre Verwendung im Arbeitsprozeß oder als Beschäftigte im Staatsdienst gesichert ist, und wenn so die Profite die hohen Ausbildungskosten wieder wettmachen.
Dies ist aber in weit- und mittelfristiger Planungsarbeit nicht zu leisten, da sich die Intervalle zwischen den einzelnen Krisen im Zyklus verkürzen, die qualifizierte Arbeitskraft aufgrund ihrer speziellen Ausbildung weniger flexibel als die unqualifizierte Arbeitkraft ist, die bei neuen Anforderungen immer wieder umlernen muß.

Von dieser Warte sind auch die Hochschulreformen in den kapitalistischen Staaten in den letzten Jahren zu sehen. Während das von "Wirtschaftsleuten" durchgedrückte Hochschulrahmengesetz in der BRD vor zwei Jahren als Allheilmittel gegen die Krisen angesehen wurde, muß es heute von eben jenen Wirtschaftsleuten als Mißerfolg verworfen werden.

Dieselben Schwierigkeiten ergeben sich auch beim UOG, das in der Begutachtungsfrist zweimal verlängert werden mußte, das sich im Mittelpunkt zahlreicher Diskusionen befand, und das auch nicht der Gefahr entgeht, auf lange Sicht den heftigen Forderungen der Kapitalisten nicht gerecht werden zu können. Nur so ist die eindeutige und schonungslose Vorgangsweise

in Richtung einer Umgestaltung der Uni in eine Untertanenfabrik zu verstehen."

Daß es gerade jetzt zu einem UOG kommen mußte, ist nur im Zusammenhang mit der Entwicklung des Monopolkapitalismus in Osterreich nach dem 2. Weltkrieg zu verstehn, dessen Etappen nun kurz angeführt werden.

DIE ENTWICKLUNG DES MONOPOLKAPITALISMUS IN ÖSTERREICH.

kann in drei Etappen angesetzt und beobachtet werden.

1) Wiederaufbau bei relativer Krisenfreiheit (bis zur Mitte der 60iger Jahre)
2) Übergang (Prosperitätsphase) bis ungefähr 1969.
3) Regression der Produktion, Notwendigkeit einer neuen Planungspolitik durch den Anschluß an die EWG, die eine größere Konkurrenz für Osterreich bedeutet.

Erhöhte Konkurrenz kann nur durch eine Weiterentwicklung der Forschung bewältigt werden. Wenn dies gelingt, ist die weitere Effektivitätssteigerung der Produktion zu erwarten. Genau dies ist das Ziel, das die österr. Bildungsplanung - im speziellen dasUOG - verfolgt.

Nun aber zu den einzelnen Etappen dieser Entwicklung:
Warum mußte es in der Mitte der 60iger Jahre zu neuen Erscheinungen in der "irtschaftsentwicklung kommen?
"In der ersten Phase waren unsere Exportprobleme ziemlich leicht zu lösen, weil wir aus der Knappheit der Kapazität der internationalen Stahlindustrie, aus der Knappheit an Holz und anderen Grundstoffen in anderen Ländern Vorteile zogen!" (Bildungsplanung und Wirtschaftswachstum. Der Bildungsbedarf in Osterreich bis 1980 . Oesterr. Institut für Wirtschaftsforschung. Wien 1967. S. 27)

2) Der Trend in der Beschäftigung technischer und intellektueller Fachkräfte mußte während der zweiten Phase neu überdacht werden. Warum mußte die Berufsstruktur der Intellektuellen nun anders aussehen als in den Jahren vorher?
" Es liegt im Sinne der Politik aller jener, die für eine Integration - die eine erhöhte Konkurrenz bedeutet- eintreten, daß wir jene Mekrmale unseres ökonomischen Lebens loswerden müssen die eine schlechte Erbschaft darstellen und in ungünstiger Weise uns von anderen Industrieländern unterscheiden. (Schweden- Schweiz)
- die Aufrechterhaltung von unwirtschaftlicher Produktion,
- ökonomischer Parasitismus,
- veraltete Methoden in der Verwaltung.
Zu diesem Schlechten gehört aber ohne Zweifel zuerst und vor allem der Mangel an Verständnis seitens der industriellen, administrativen und politischen Führerschaft(!!!) für den Wert der Wissenschaft, der technischen Neuerung, der Forschung, der Erziehung und für den Wert intellektueller Leistung und qualifizierter Fachkräfte." (ebda, S.25)

Aus diesen letzten Sätzen geht eindeutig hervor, daß für wirtschaftliches Wachstum oder für die "Wohlfahrt", die hier zitiert werden, Fachkräfte, d.h. qualifizierte Ingenieure für die technische Weiterentwicklung der Produktion, und Akademiker für die Betriebsführung und öffentliche Verwaltung benötigt werden. Der gesteigerte Bildungsbedarf orientiert sich in erster Linie an den Vereinigten Staaten und in zweiter Linie an der BRD, also Ländern die das "Wirtschaftswunder" (optimale Ausbeutnng) zuwege gebracht haben.

Man kann also resümieren:
"Während man in der öffentlichen Verwaltung auf der einen Seite als Folge einer zu erwartenden Rationalisierung und Ausschaltung von Routinearbeiten mit einer beträchtlichen Einsparung des Büropersonals rechnen kann, wird ihr Aufgabenkreis im Zusammenhang mit Vorbereitungs- und Planungsproblemen viel größer werden. Die Sicherung der Wasserversorgung der Städte, die Müllabfuhr, Kanalisierung, Maßnahmen gegen die Verunreinigung der Flüsse und Seen, Wohnbau und Stadtplanung, sowie Sozialarbeit und psychiatrische Arbeit in einem viel größeren Umfang als bisher, um die zunehmende Zahl der Opfer, der Gesellschaft zu betreuen, die unter die Räder des Fortschritts

geraten sind. " (ebda, S. 57)
Der technische und industrielle Fortschritt wirft sekundäre Probleme auf, die durch die Privatwirtschaft nicht gelöst werden können; die sie aber selbst produziert. Diese Abfallprodukte, die sie selbst nicht bewältigen kann, muß nun der Staat in " umsichtiger Planung" beseitigen.
"Wir brauchen für die Lösung dieser Probleme Fachkräfte....Die Hälfte von diesen Fachkräften werden Ingenieure und Naturwissenschaftler, ein Viertel Nationalökonomen sein. Die anderen Akademiker werden in der Okonometrie, als mathematische Statistiker, Soziologen, Pädagogen, Betriebswirtschaftler und Diplomkaufleute sein." (ebda S.57)
Während das Wirtschaftsförderungsinstitut ganz offen die Erfordernisse der Wirtschaft (der Kapitalisten) formuliert, versuchen die bürgerlichen Parteien (Kapitalsagenturen) der Bevölkerung das Gesetz schmackhaft zu machen und seine wahren Tendenzen zu verschleiern.

DIE STELLUNGNAHME DER FPÖ UND DES RFS

mögen dazu als Beispiele dienen.
Ende Jänner wurde der National ratsabgeordnete Dr. Otto Scrinzi vom Professoren- und Assistentenverband an die Uni geladen, um über die Hochschulreform und das UOG zu sprechen.
Das UOG- Konzept der FPÖ, das sich im wesentlichen auf das Konzept des RFS stützt, ist ausgezeichnet durch extreme Widersprüchlichkeit und hohlen Phrasen, die die offenen Forderungen für ein bestimmtes Publikum (in diesem Fall bei einer geschlossenen Veranstaltung für Professoren und Assistenten)"schöner" verbrämen sollten.
Scrinzi sprch von der "Autonomie der Hohen Schulen", d.h. daß die Unis in Forschung, Lehre und Finanzierung unabhängig zu sein hätten. Zwei Sätze später ist von den "privaten Förderern" , die"mindestens 5 Mill.Schilling" zu spenden haben und dafür in den Universitätsgremien mit Sitz und Stimme vertreten sind, die Rede. Scrinzi bekennt sich enthusiastisch zur "Auftragsforschung von privater Hand (d.h. Forschung auf der Uni, die den Profiten der Kapitalisten zugute kommt) und setzt sich dann wieder für die "Einheit von Lehre und Forschung" als übergeordnete Kategorie ein.
Das Gesetz der Spö ist Scrinzi in Bezug auf die Mitbestimmung, die er an der Uni "für einen Wahnsinn hält, da sich hier bald ein Bündnis der Unfähigen mit den Radikalen ergeben wird, die die Politik an die Hohne Schulen tragen wollen", zu fortschrittlich. Er und der RFS (eine Studentenvereinigung!!!) sprechen sich gegen das Mitbestimmungsmodell aus.
"Der Student sollte über die Vorgänge an der Uni entsprechend informiert werden", ist der Mitbestimmungsvorschlag Scrinzis.
In Bezug auf die Effizienzsteigerung ist ihm dasUOG der SPÖ zu konservativ. Er möchte dieUnispitze, den Rektor , stärken, der Entscheidungsgremien überspringen kann, um die Sitzungsuni, die neue Kosten hervorbringt, zu verhindern (Transparenz ??? Demokratie???)
Er fordert Stärkung der Kuratorien, in denen Kammern, Ländervertretung, "private Förderer" vertreten sind.
Zusammenfassend fordert er plump und offen eine Ausbildung, die den Anforderungen des Kapitals gerecht wird.
Man braucht über Scrinzi und seine Ausführungen, die immer wieder auf den Zusammenhang mit dem Konzept des RFS hindeuten, keine weiteren Worte verlieren. Der reaktionäre Grundcharkater ihrer Politik ist uns Studenten zur Genüge bekannt!!

DIE STELLUNGNAHMEN DER PROFESSOREN

beschränken sich auf ein wiederkehrendes Gezeter, die"Freiheit von Forschung und Lehre" sei gefährdet, womit die verzweifelt versuchen, ihre Privilegien " als Träger der Wissenschaft und Forschung aufrechtzuerhalten. Sie geraten damit in hoffnungslosen Widersruch zu den Bedürfnissen des Monopol-

kapitals, das seine Interessen, vielleicht mit verbalen Zugeständnissen, durchsetzen wird.

Das UOG entspricht wie jedes Gesetz im Kapitalismus den aktuellen Anforderungen und Bedürfnissen des Kapitals. Dementsprechend handelt es sich beim UOG nicht bloß um ein Gesetz, das Uni-Angelegenheiten regelt, vielmehr wird gerade dadurch Bildungsplanung im Rahmen der gesamten Wirtschaftsplanung betrieben, wird dadurch die Monopolkapitalistische Hochschulreform durchgesetzt. Wie durch das Stillhalteabkommen die Angriffe auf die Lebensbedingungen der Arbeiter vorgetragen werden, so werden durch das UOG die Studienbedingungen für die Studenten an der Uni verschlechtert.

Die Studenten können aber nicht syndikalistisch um "Reformen" kämpfen, die allein den Ausbildungssektor betreffen, sondern sie müssen sich für ein gemeinsames Vorgehen aller Unterdrückten Schichten gegen die herrschende und ausbeutende Klasse einsetzen. Die Führung in diesem Kampf muß die Arbeiterklasse übernehmen, die als einzige Klasse auf grund ihrer sozialen und ökonomischen Stellung keine ständischen Forderungen stellen kann, die gegen andere Schichten gerichtet sind. Nur die Arbeiterklasse kann die fortschrittlichsten demokratischen Forderungen formulieren, so den gemeinsamen Kampf des Volkes gegen die Unterdruckung durch das Kapital anleiten und im Sozialismus die wahre Demokratie verwirklichen.

FÜR DAS BÜNDNIS DER STUDIERENDEN JUGEND MIT DEM PROLETARIAT!

GEGEN EINE AUSBILDUNG IM DIENSTE DES KAPITALS!

FÜR EINE AUSBILDUNG IM DIENSTE DES VOLKES!

MSO - INFORMATIONSSTAND

JEDEN MITTWOCH 10-13 h

UNI-MENSA

Demokratischer Kampf der Studenten an der Universität Innsbruck

Vorbemerkung:
Wir drucken im folgenden einen Bericht der Kommunistischen Gruppe Innsbruck (KGI) über die Kampfmaßnahmen fortschrittlicher Studenten gegen die Versuche des Abbaus demokratischer Rechte ab, wie sie Mitte Februar unverhullt von der Innsbrucker Uni-Bürokratie in Angriff genommen wurden. Diese Versuche konnten vorläufig verhindert werden, weil sich unter den Studenten spontan eine breite Abwehrfront gebildet hatte. Es kann aber bereits jetzt gesagt werden, daß dieser versuchten Einschränkung demokratischer Rechte, für die ja letztlich das UOG eine geeignete rechtliche Grundlage schaffen soll, weitere derartige Maßnahmen folgen werden. Deshalb ist das Innsbrucker Beispiel sehr lehrreich, weil es zeigt, daß nur entschlossenes gemeinsames Vorgehen solchen Versuchen wirkungsvoll begegnen kann, keineswegs jedoch ein gremienpolitisches "Paktieren" und "Aussprechen". Außerdem enthüllt der Bericht der KGI die erbärmliche Rolle, die "progressive" ÖH-Führer sowie sozialdemokratische Studentenvereine immer dann spielen, wenn es darauf ankommt, wirkliche Aktionen zu setzen.

Die Redaktion

Der Kampf entzündete sich an den Versuchen der Universitätsbürokratie (vor allem des Senats und des Rektorats), durch neue Richtlinien für die Hörsaalvergabe und durch geplante Maßnahmen gegen unsere Wandtafel und unseren Büchertisch unerwünschte politische Aktivitäten an der Universität massiv einzuschränken bis abzuwürgen:

- Die Benützungsgebühren wurden erhoht (von 50.- auf 100.- fur große Hörsäle);
- Es wurde eine Anmeldefrist eingeführt: mindestens eine Woche (damit der Rektor Zeit genug zum Überlegen hat, ob er eine mißliebige Veranstaltung verbieten soll);
- Veranstaltungen sollen erst "nach Genehmigung" des zuständigen Dekans angekündigt werden dürfen (!)(damit es keine Unruhe gibt, wenn etwa bereits angekündigte Veranstaltungen verboten werden sollten);
- Veranstaltungen sollen um 22 Uhr zu Ende sein (!);
- Schließlich soll der Rektor Veranstaltungen kurzfristig absagen können, wenn eine "Irreführung"(??) durch "Angabe falscher Themen" vorliegt (noch ein Hintertürchen, um nicht genehme Veranstaltungen in letzter Minute verbieten zu können).

Als Abwehrmaßnahmen versuchten wir zunächst, alle Demokraten an der Universität durch eine Unterschriftenaktion für den Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte zu mobilisieren. Auf der Basis unserer Protestresolution (die von mehr als 300 Kollegen unterzeichnet wurde) solidarisierten sich mehrere Organisationen("Internationale der Kriegsdienstgegner", "DSB", "Aktion", auch die ÖH etc.), die auf unsere Initiative hin eine gemeinsame Delegation zum Rektor entsandten. Dieser wies jedoch die vorgetragenen Forderungen (Rücknahme der neuen Hörsaalordnung, Aufhebung aller Beschränkungen für politische Aktivitäten, Beiziehung einer Delegation zur

Senatssitzung, Herausgabe der vom Rektor gestohlenen Wandtafel) bzw. die von ihm verlangten Zusagen zurück. Im Anschluß an diese Vorsprache veröffentlichten die beteiligten Organisationen eine Presseerklärung, mit der sie in Form eines Flugblattes auch die Kollegen informierten und weitere Maßnahmen ankündigten.

Um unseren Forderungen stärkeren Nachdruck zu verleihen, besetzten wir zwei Tage später das Rektorat, wobei wir die leitenden OH-Funktionäre in trauter Packelei mit dem Rektor überraschten. Während wir die Kollegen in Wandzeitungen, Flugblättern, mit Transparenten und Megaphonen über den Zweck der Besetzung informierten, setzten wir zugleich nach dreistündigen harten Verhandlungen die Unterzeichnung eines Protokolls von seiten des Rektors durch. Darin verpflichtete er sich, unsere Forderungen in der Senatssitzung zu unterstützen; zugleich sah er sich gezwungen, die entwendete Wandtafel herauszugeben.

Am nächsten Tag fiel uns die OH in den Rücken, indem sie sich von der Rektoratsbesetzung distanzierte, sie unter Verdrehungen für überflüssig erklärte und versprach, den Konflikt auf "demokratische" Weise (d.h.durch einen faulen Kompromiß zwischen Uni- und OH-Bürokraten auf dem Rücken der Studenten) beizulegen. Wir aber forderten die demokratischen Kollegen auf, sich vor dem Senatssitzungssaal zu versammeln (ca.150 folgten diesem Aufruf, eine in Anbetracht des Semesterendes bemerkenswert große Zahl) und dadurch dem Senat zu demonstrieren, daß die demokratischen Studenten für ihre Rechte zu kämpfen bereit sind. Zu seinem "Schutz" hatte der Senat RFS-Schläger, durchsetzt mit NDPlern, angefordert, die ständig Prügeleien zu provozieren versuchten und schließlich die Senatoren bei ihrem Auszug eskortierten. Als außerdem die Polizei massiv auf dem Universitätsgelände auffuhr, entlarvte sich die Unibürokratie für jeden sichtbar als Teil der herrschenden Klasse, die zur Unterdrückung demokratischer Kräfte jederzeit bereit ist, die Machtmittel des bürgerlichen Staatsapparates einzusetzen.

Geschützt durch diesen konzentrierten Einsatz der Reaktion, lehnte der Senat nicht nur die Beiziehung der vollen Delegation und alle unsere wesentlichen Forderungen ab, sondern er verschärfte sogar die Einschränkung der politischen Aktivitäten durch neue Verbote. Infolge unseres entschlossenen Auftretens war die OH gezwungen, sich unserer Aktion anzuschließen bzw. anzuhängen, und forderte zur Rettung ihrer Glaubwürdigkeit den Rücktritt des Rektors. Daß dies natürlich nur ein neuer Versuch war, demokratische Bewegungen unter ihre Kontrolle zu bringen, geht aus ihrer Ankündigung hervor, den Konflikt durch Kabinettspolitik auf höherer Ebene, nämlich durch Einbeziehung des BMWF, zu"lösen". Wir jedoch erklärten in aller Offentlichkeit, daß wir weiterhin gemeinsam mit allen Demokraten für die Rechte des Volkes verstärkt kämpfen werden.

Als zusätzlichen und gefährlichen Feind werden wir den Kampf im nächsten Semester gegen das BMWF richten müssen. Sein verlängerter Arm an der Universität, der anläßlich der bevorstehenden Hochschulwahlen frisch aus der Taufe gehobene und mit OGB- und SP-Geldern hochgepäppelte VSStÖ, spielte in diesem Konflikt eine erbärmliche, aber typische Rolle: mit der Berufung auf die "Firnberg, die es schon richten wird", enthielt er sich nach der Vorsprache beim Rektor jeder weiteren Beteiligung. Er bietet sich als williges Werkzeug des BMWF an, um mit seinem Geschwätz von der "demokratischen" UOG-Reform die wirklich demokratischen Bewegungen zu täuschen bzw. sie als Druckmittel der SP-Regierung zur Durchsetzung der monopolkapitalistischen Hochschulreform gegen anachronistische Reaktionäre zu mißbrauchen. Das vor allem müssen wir zu verhindern versuchen.

Kommunistische Gruppe Innsbruck

„'LINKSRUTSCH' IN DER GRAZER HOCHSCHÜLERSCHAFT"?

DIE VERSCHÄRFUNG DER STUDIENBEDINGUNGEN...

an den österreichischen Hochschulen ist Teil der Verschärfung der Wirtschaftslage inÖsterreich überhaupt. Wird der Hauptstoß der Bourgeoisie mithilfe ihrer SP-Regierung einerseits gegen die Arbeiterklasse geführt (siehe unseren Artikel dazu), um die Profite weiter steigern zu können, so hat andererseits das Kapital ein Interesse daran, die nichtprofitablen Ausbildungskosten möglichst gering zu halten.

Das sieht dann für die Studenten so aus: Rationalisierung und Intensivierung des Studiums, um möglichst schnell Fachidioten für den jeweiligen Bereich zur Verfügung zu stellen, und Leistungsdruck durch neue Stipendienverordnungen (siehe auch den UOG-Artikel). Das Ganze sollte für die Studenten dadurch schmackhaft gemacht werden, daß man "Mitbestimmungsgremien" einführte.

Die Studenten haben ein Recht darauf, Bescheid zu wissen, was hier eigentlich vorgeht. Die ÖH, die "gesetzliche Vertretung" der Studenten, veranstaltete Ende Jänner einen sogenannten "Studententag", der über die Stellung der ÖH zu brennenden Fragen derHochschulreform Klarheit verschaffen sollte. Das hat er nicht. Er hat nur wieder einmal die Existenz der ÖH selbst unter Beweis gestellt. Und dazu ihren derzeitigen Zustand.

Unser Flugblatt hat diese Misere aufgezeigt, was mit ein Grund war, daß vier ÖH-Mandatare (2 IVZ, 1 ÖSU und ein unabhängiger) in der Hauptausschußsitzung vom 30.1. erklärten, die MSO sei derzeit die einzige arbeitende Gruppe auf der Uni und sie wollen daher unsere Vorschläge, "soweit sie die Hochschulpolitik betreffen" (Poetsch), unterstützen. Die "Kleine Zeitung" stilisierte diese Aussagen zu einem "Linksrutsch" in der ÖH hoch, durch den die MSO jetzt faktisch vier Mandate besitze.

Was ist nun wirklich los in der ÖH? Warum das schwankende und unklare Verhalten der ÖH gegenüber Fragen der Studenten? Was steckt hinter den Streitereien zwischen den Fraktionen, die da als HA in der Mensa tagen? Wen vertreten diese Fraktionen? Wem kommt ihre Politik zugute? Welche Gegensätze gibt es und welche Bewegungen gehen derzeit in der ÖH vor sich? Und wie steht die MSO zur ÖH? Das heißt: wie verhalten sich fortschrittliche Studenten in der jetzigen Situation?

DIE HA-SITZUNG - EIN SPIEGEL DER "HOCHSCHULPOLITIK" DER ÖH

Das Kräfteverhältnis der einzelnen Fraktionen zueinander ist derzeit folgendes: RFS 6, ÖSU 4, IVZ 3 Mandatare, dazu noch zwei unabhängige, darunter der Vorsitzende.

Der Verlauf des HA förderte die Positionen der Fraktionen ans Tageslicht, als wir zu Beginn durch unsere "Unterstützer" einige zusätzliche Tagesordnungspunkte einbrachten.

Einmal lehnte es der RFS ab, das Thema "Vietnamfrieden" aufzunehmen, und stellte sich damit wie überall in Fragen der Politik auf die Seite der Reaktion, gegen die antiimperialistische Bewegung der Studenten. Aber kann man von Leuten, die Solidaritätsdemonstrationen für das vietnamesische Volk als "wenig glaubwürdig" diffamiert haben, erwarten, daß sie jetzt den

Mund aufmachen? Eine noch deutlichere Sprache spricht die Ablehnung, die Vorfälle um den Scrinzi-Vortrag über das UOG in "geschlossener Veranstaltung" für Professoren, Assistenten und RFSler zu diskutiern. Hier ist es doch zu offensichtlich, warum sich der RFS nicht zu diesem Punkt äußern wollte stimmt doch sein Konzept einer "Hochschulreform" fast völlig mit dem der FP-Kapitalsagentur überein. Wenn diesen Herren die Mitbestimmungsheucheleien der SP-Vorschläge noch zu arg sind, wenn sie in einem Chor mit den reaktionärsten Professoren gegen das "Mitreden von Unqualifizierten" wettern, und wenn dann die Fachschaftsleiterin der philosophischen Fakultät, die RFSlerin Resch, mit einem Professor über genehme und nichtgenehme Studentenvertreter packelt, so beweist das alles genug die "progressive Studentenpolitik(!!)" des RFS In seiner Rolle als Saboteur aller fortschrittlicher studentischer Forderungen, gemäß seines Auftrags als Handlanger der finstersten Reaktion (Antislowenenhetze mit "Heimatdienst" und NDP-Faschisten), ist er, obwohl gesamtösterreichisch schon ziemlich angeschlagen, in Graz noch immer Hauptfeind und Abwiegler Nummer 1.

Die ÖSU und das IVZ befinden sich in einem gewissen Gegensatz zum RFS.

Die ÖSU ist zwar weitgehend mit dem Mitbestimmungszirkus, den das SP-Ministerium inszeniert, einverstanden, muß aber auch die Vorbehalte der ÖVP in die Studenten hineintragen. Macht sie auch prinzipiell eine konkretinistische und bornierte Studentenpolitik, die den aufkommenden Widersprüchen mit "gutem Willen" und kleinen Reförmchen abhelfen will, so zeigen sich manchmal fortschrittliche Züge, wenn es gilt, einen Beschluß gegen die reaktionäre RFS-Front durchzusetzen.

Noch schwankender ist die Haltung des IVZ, hinter dem niemand steht als der krankhafte Versuch individueller Einelkämpfer, gegen Mißstände aufzutreten. Gesellschaftliche Zusammenhänge werden zwar geahnt, aber da die "Linie" des IVZ sich nur an den Ideen ihrer Institutspolitiker formte, so in den Grenzen der Hochschule blieb und zum Mißerfolg führen mußte (Poetsch oben zitierte Einschränkung der Unterstützung für die MSO nur in HS-politischer Hinsicht ist dafür sehr charakteristisch), fielen diese Leute abwechselnd von "linker" Kinderei in tiefe Resignation und umgekehrt.

Immerhin hat das IVZ dem RFs noch am ehesten Widerstand entgegengesetzt, ohne diesen aber, ebensowenig wie es der ÖSU gelang, ideologisch entlarven zu können.

So schädlich und desorientierend für eine demokratische Studentenbewegung die Politik von IVZ und ÖSU sind, so zeigt uns der Widerspruch zwischen dem subjektiv vielleicht "ehrlichen" Standpunkt einiger dieser Kollegen und ihrer objektiv falschen "Linie" eines: daß es möglich ist, diesen Kollegen die richtige Linie zu zeigen, ihnen eine Chance zu geben, sich hinter die Forderungen der demokratischen und fortschrittlichen Studenten zu stellen. Unter diesem Aspekt ist die Unterstützung der vier "übergewechselten" Mandatare (so die "Kleine Zeitung") zu sehen. Die MSO hat also auf diese Weise nicht vier Mandate gewonnen, wohl aber Kollegen, die die Anleitung der demokratischen Studentenbewegung durch die Kommunisten unterstützen.

WAS WILL DIE MSO IN DER ÖH ?

Die MSO drängt sich nicht in irgendwelche Gremien, um eine "effektivere" Studentenpolitik zu machen. Sie zeigt den Stellenwert der Hochschule in der Gesellschaft auf, zu welchen neuen Formen und Reformen unsere Ausbildung im Dienst des Monopolkapitals führt, sie analysiert die Bewegung der Studenten und organisiert den Widerstand der fortschrittlichen Kräfte unter ihnen gegen die zunehmende Verschärfung der Ausbildungsbedingungen (Institutsgruppen).

Die MSO kämpft nicht rückwärtsgewandt für Privilegien der Studenten, sondern propagiert unter

der Losung "Für eine Ausbildung im Dienste des Volkes" die einzige richtige Perspektive:
sich im Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte und den immer stärker spürbaren Druck der Monopole mit der Arbeiterklasse zu verbünden, weil deren Kampf allein die konsequente Stoßrichtung hat, die Ursache aller Unterdrückung und bürgerlicher Diktatur zu bekämpfen, das System des Kapitalismus.

So gehen wir als Kommunisten nicht in die ÖH und machen dort dann eine "ÖH-Politik", sondern weil wir den Standpunkt der fortschrittlichen Studenten in allen Bereichen vertreten, gehen wir in die ÖH! Wir geben uns keinerlei Illusionen über die Möglichkeiten einer solchen Institution wie der ÖH hin, aber anstatt sie der Reaktion zu überlassen, wollen wir sie als Tribüne verwenden, um die Studenten aufzuklären, Feinde an der Hochschule zu isolieren und vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus fortschrittliche Forderungen der Studenten gegen den gemeinsamen Feind, die Bourgeoisie und ihre SP-Regierung, vertreten.

Die Kommunisten verfolgen also keine Hochschulpolitik, die verschieden von den Interessen der fortschrittlichen Studenten ist, sie stellt sich vielmehr konsequent an die Spitze von deren Forderungen, um diese durchzusetzen.

Die Arbeiterklasse gewinnt sich durch ihren konsequentesten Kampf gegen den Hauptfeind aller Werktätigen, die Kapitalistenklasse, ihre Bündnispartner, weil sie auch deren Interessen vertritt. Die Studenten, die den demokratischen Kampf an der Hochschule führen, verbünden sich mit der Arbeiterklasse, weil nur diese ihrem Kampf auch eine fortschrittliche Perspektive, den Sozialismus, geben kann.

Durch den gemeinsamen Kampf um gemeinsame Interessen im Ausbildungsbereich (an der Hochschule) erreichen und stärken die fortschrittlichen Studenten ihr Bündnis mit der arbeitenden Klasse.

Pariser Abkommen unterzeichnet - ein grosser Sieg des vietnamesischen Volkes

Haben die amerikanischen Imperialisten ihr angebliches Ziel erreicht - Südvietnam vor dem Kommunismus gerettet? Sind die mörderischen Aggressoren auf einmal human geworden? Ist das Abkommen ein Kompromiß, der den ehrenvollen Rückzug der USA ermöglicht, wie uns deren Regierung und die bürgerlichen Zeitungen einreden möchten?

Nein. Das vietnamesische Volk hat in seinem gerechten Krieg die technologisch weit überlegene Großmacht geschlagen, hat die US-Regierung durch immer größere Erfolge an der militärischen, politischen und diplomatischen Front gezwungen, auf ihre Interessen in Indochina (vor allem reiche Ölreservoirs) zu verzichten.

Die militärische Front: es gelang den Volksbefreiungssteitkräften, immer größere Gebiete zu befreien, den US-Aggressoren immer größere Niederlagen beizufügen. Heute sind ca. 4/5 des Landes befreit. Militärische Siege waren nur möglich durch politische Siege und umgekehrt.

Die politische Front: immer größere Teile des Volkes organisierten sich im Befreiungskampf, bis 1960 die Nationale Befreiungsfront (FNL) gegründet wurde, in der Arbeiter, Bauern, nationale Bourgeoisie und Intellektuelle - alle

vom Imperialismus unterdrückten Klassen und Schichten in engem Kampfbündnis gegen den Aggressor vereinigt sind. An der Spitze dieser Volksbefreiungsfront kämpfen Schulter an Schulter die Arbeiter und Bauern.

In den befreiten Gebieten geht der Aufbau auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet rasch voran. In den von der Thieu-Clique beherrschten Gebieten leidet das Volk unter Korruption und Terror (die Thieu-Clique gehört zu den größten Opiumhändlern. Jede oppositionelle Presse ist verboten. Mindestens 1oocoo politische Gefangene!). Dort entwickelt sich der politische Kampf in Form von Streiks, Demonstrationen, Aufständen - die Imperialisten und ihre Marionetten sind völlig isoliert vom Volk.

Politischer und militärischer Kampf sind aufs engste miteinander verbunden - <u>die Armee ist eine Volksarmee, das heißt eine Armee des ganzen Volkes</u>: sie besteht nur aus Freiwilligen. Die Bevölkerung unterstützt sie freiwillig mit Lebensmitteln, Informationen über den Feind, durch Irreführung des Feindes. . <u>Der Krieg ist ein Volkskrieg, d.h. ein Krieg für die Interessen des ganzen Volkes und geführt vom ganzen Volk</u>.

Ein anderer sehr wichtiger Sieg an der politischen Front ist die



Empfang der Befreiungsarmee im Dorf Gio Hai

weltweite Solidaritätsbewegung - die weltweite Isolierung der imperialistischen Aggressoren. Militärische Siege und die internationale Solidarität ermöglichten immer größere Siege an der diplomatischen Front.

Die <u>diplomatische Front</u>: durch die Niederlage bei der Tet-Offensive 1968 wurden die USA an den Verhandlungstisch gezwungen. Hier mußten sie unter dem Druck des vietna-

mesischen Volkes und der amerikanischen wie der internationalen Solidaritätsbewegung immer wieder Zugeständnisse machen, immer wieder Versprechen geben. Daß sie diese dann nicht einhielten, beschleunigte nur ihre Isolierung auf der ganzen Welt.

So versprach Nixon, das 10-Pkte Abkommen am 30. 10. 1972 zu unterzeichnen - stattdessen kam Kissinger mit 136 Abänderungsvorschlägen die vom ursprünglichen Text nichts mehr übrig ließen. Daß die Regierungen der DRV (Nordvietnam) und die PRR (provisorische Revolutionsregierung) auf diese erpresserischen Manöver nicht eingingen, ist selbstverständlich - Nixon aber nützte das zu den grausamsten Bombenangriffen der Geschichte: in den Weihnachtsfeiertagen ließ er die DRV bombardieren, Städte, Schulen, Krankenhäuser, Kirchen.... 1200 tote Zivilisten in Hanoi und Haiphong, doppelt so viele Verletzte.

Dieses grausame Bombardemant war jedoch eine endgültige Niederlage für die Aggressoren. Durch die Luftabwehr der DRV verlor die US-Armee so große Teile der in SO-Asien stationierten Luftflotte, daß sie weitere Angriffe auf Hanoi gar nicht fliegen konnte. Die internationale Solidaritätsbewegung erreichte ein noch nie dagewesenes Ausmaß (große Demonstrationen in der ganzen Welt, Boykott amerikanischer Schiffe durch solidarisierende Hafenarbeiter usw.)!



Durch diese Niederlage und weitere große Erfolge des vietnamesischen Volkes auch im Süden des Landes wurde Nixon gezwungen, die Aggression zu beenden und das Pariser Abkommen zu unterzeichnen. Da nützt alles Gefasel vom ehrenvollen Rückzug nichts: das Abkommen besiegelt auf diplomatischer Ebene die totale Niederlage der US-Aggressoren. Das Abkommen ist ein großer Sieg des kleinen vietnamesischen Volkes in seinem Befreiungskampf gegen den mächtigsten Imperialismus. Das Abkommen ist ein Sieg aller friedliebender Völker, aller demokratischer Menschen!



DAS ABKOMMEN - SIEG DER REVOLUTION

Der Befreiungskampf im Süden Vietnams ist ein nationaldemokratischer. Er richtet seinen Hauptstoß gegen die imperialistischen Aggressoren und die von ihnen gekaufte Kompradorenbourgeoisie sowie gegen die feudale Unterdrückung der Bauern durch die Großgrundbesitzer, die ebenfalls mit den Imperialisten kollaborieren. Erst die vollständige Durchführung dieser nationaldemokratischen Etappe ermöglicht die zweite, sozialistische Etappe der vietnamesischen Revolution.

Die Befreiung des Landes von den Imperialisten, die Befreiung der Bauern vom feudalen Joch ("Jedem Pflüger sein Feld"), Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung Südvietnams und friedliche Wiedervereinigung Vietnams sind die Ziele dieser Etappe. Es ist daher keine sozialistische, sondern eine bürgerlich-demokratische Revolution: das Privateigentum wird nicht aufgehoben, sondern das feudale Eigentum wird in das bürgerliche umgewandelt .

Arbeiter, Bauern, Intellektuelle und patriotische Industrielle kämpfen gemeinsam gegen gemeinsamen Feind. Die führende Kraft in dieser Revolution ist aber nicht die Bourgeoisie (sie ist vom Imperialismus zu geschwächt, die Arbeiterbewegung schon zu entwickelt), sondern das Proletariat im engsten Kampfbündnis mit der Bauernklasse. Daher mündet diese bürgerlich-demokratische Revolution nicht in eine kapitalistische Phase, bringt nicht die Herrschaft der Bourgeoisie(bürgerliche Demokratie), sondern die Demokratie des ganzen Volkes hervor die Neue Demokratie. Daher geht die erste Phase der Revolution unmittel bar über in die zweite: den friedlichen Aufbau des Sozialismus (friedlich ist dies möglich, weil in der ersten Etappe alle Feinde schon militärisch geschlagen wurden).

Wenn das Pariser Abkommen eingehalten wird, ist die Erreichung dieser Ziele gewährleistet:

Befreiung von den Imperialisten. Im Abkommen wird festgelegt, daß die USA und die anderen Länder die Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoritale Integrität Vietnams anerkennen. Die USA beenden ihren Aggressionskrieg, ihr militärisches Engagement in Südvietnam und ihre Einmischung in innere Angelegenheiten des Landes.

Das Recht auf Selbstbestimmung. Die demokratischen Freiheiten der Bevölkerung Südvietnams sollen respektiert werden. Die Bevölkerung Südvietnams soll selbst über ihre eigene politische Zukunft durch wirklich freie und demokratische allgemeine Wahlen bestimmen (dies gewährleistet auch die Befreiung vom feudalen Joch).

Die Wiedervereinigung Vietnams soll Schritt für Schritt mit friedlichen Mitteln verwirklicht werden.

WER HAT EIN INTERESSE DARAN, DAS ABKOMMEN ZU BRECHEN?

Seit das Abkommen unterzeichnet wurde, berichten alle bürgerlichen Zeitungen, der ORF usw. immer wieder: "Die Kommunisten haben das Abkommen in so und so vielen Fällen gebrochen." Sie geben damit eine Aussage des korrupten Thieu-Regimes wieder - als objektive Wahrheit.

Aber nicht die, deren Sieg das Abkommen bedeutet (die PRR als einzige rechtmäßige Vertreterin der südvietnamesischen Bevölkerung und die Regierung der DRV) haben ein Interesse daran, es zu brechen, sondern die, deren totale Niederlage es besiegelt: die US-Imperialisten und die Thieu-Clique!

Die Imperialisten haben schon oft genug bewiesen, daß Verträge für sie nur ein Fetzen Papier sind-so begann z.B. dieser Indochinakrieg damit, daß die US-Regierung das Genfer Indochinaabkommen von 1954 brach. Dort wurde bestimmt, daß 1956 in ganz Vietnam allgemeine, freie und demokratische Wahlen stattfinden sollten. Eisenhower schätzte in seinen Memoiren, daß Ho Chi Minh ca. 75 Prozent der Stimmen bekommen hätte. Um dies zu verhindern, marschierten die USA im Süden Vietnams ein und setzten das grausame Diem-Regime ein. Als Diem nicht mehr die Forderungen der US-Regierung erfüllen konnte und wollte ließ diese ihn ermorden und setzte an seine Stelle Thieu.

Militärisch geschlagen, mußten sie nun das Abkommen unterzeichnen. Wir dürfen nicht glauben, daß sie damit ihre Interessen aufgegeben hätten, nur sind sie momentan nicht in der Lage, sie durchzusetzen, d.h. das vietnamesische Volk zu unterdrücken und auszubeuten. Sobald sie irgendeine Möglichkeit sehen, Südvietnam in eine Halbkolonie zu verwandeln, werden sie diese Möglichkeit zu nutzen versuchen, egal wie viele Verträge sie dabei brechen müssen. Jetzt sind sie aber nicht in der Lage dazu!

Sollte Thieu die Wahlen verhindern und weiterkämpfen wollen, würde er ohne Unterstützung durch die US-Truppen binnen kurzem geschlagen werden. Thieu weiß genau: wenn er sich einer wirklich freien Wahl stellt, wird er geschlagen werden. Eine Regierung, die von ausländischen Unterdrückern eingesetzt wurde, die das Volk unterdrückt, terrorisiert, jede demokratische Bewegung unterbindet, jeden Demokraten, Oppositionellen, jeden Freiheitskämpfer einsperren oder umbringen läßt, wenn sie es kann - kurz eine Regierung gegen das Volk wird nie durch wirklich freie

Wahlen bestätigt werden, schon gar nicht von einem Volk, das fast 30 Jahre um seine Freiheit kämpft.

Daher versucht das Saigoner Regime, das Abkommen immer wieder zu brechen, bereits befreite Gebiete zurückzuerobern, um möglichst große Teile der Bevölkerung kontrollieren zu können. Kontrollieren heißt hier durch grausamen Terror die freien Wahlen in eine Farce zu verwandeln, ähnlich denen im vorigen Jahr, bei denen Thieu mehr Stimmen erhielt als es Wahlberechtigte gab!

Amnesty International (demokratische Organisation zum Schutz politischer häftlinge auf der ganzen Welt) stellte fest, daß es in den Kerkern und KZs des Saigoner Regimes mindestens 100000 politische Häftlinge gibt (Buddhisten, Kommunisten, Demokraten, alle Oppositionellen...). Kurz vor der Unterzeichnung des Abkommens führte Thieu eine Razzia durch:"Gegen alle politischen Deserteure". Er ordnete auch an, 10000 Offiziere in die Provinz zu schicken,"um einer kommunistischen Machtergreifung vorzubeugen". Er erließ neue Direktiven für die Staatspolizei: "Auf Kommunisten, die Städte betreten, muß geschossen werden!" "Die Zerstöru ng der kommunistischen Infrastruktur muß weitergehen, alle kommunistischen Flaggen sind sofort herunterzureißen. Kommunistenfreundliche Demonstrationen müssen von der Polizei unterdrückt werden. Verwaltungsbeamte müssen stenge Maßnahmen gegen unentschlossene Leute und potentielle Deserteure ergreifen."

In einer Radioansprache kommentierte Thieu die Unterzeichnung so: "Das Abkommen bedeutet, wir bleiben in unserem Gebiet und ihr in eurem, und jeder Kommunist, der es wagt, seine Stellung zu verlassen, bekommt eine Kugel in den Kopf!" Das widerspricht in eklatanter Weise dem Abkommen, vor allem dem Artikel 11: "Unmittelbar nach dem Waffenstillstand werden die beiden südvietnamesischen Parteien:

nationale Versöhnung und Eintracht herbeiführen, dem Haß und der Feindschaft ein Ende bereiten und alle Repressalien und Akte der Diskriminierung gegen Einzelpersonen und Organisationen verbieten, die mit der einen oder anderen Seite zusammengearbeitet haben;

die demokratischen Freiheiten des Volkes garantieren: persönliche Freiheit, Redefreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Freiheit der Organisation, Freiheit der politischen Aktivität, Glaubensfreiheit, Bewegungsfreiheit, freie Wahl des Wohnsitzes, freie Wahl des Arbeitsplatzes, Recht auf Eigentum und auf freie Unternehmensbetätigung."

All dies zeigt deutlich, was Thieu unter freien Wahlen versteht. Daß die amerikanischen Imperialisten mit solchen Wahlen sehr zufrieden wären, die ihnen schon im vorhinein eine treue und ergebene, weil restlos abhängige Marionette als "Volksvertretung" bescheren würden, ist klar. Das wäre eine Möglichkeit, Südvietnam in eine Halbkolonie zu verwandeln, um seine Menschen und Rohstoffe auszubeuten.

Es wird keine solchen Wahlen geben! Die Bevölkerung Südvietnams, die in einem langdauernden Befreiungskampf dem mächtigsten Imperialismus, dem US-Imperialismus eine totale Niederlage zufügte, läßt sich von einem so jämmerlichen Hund wie Thieu nicht betrügen!

Der Kampf geht weiter: militärisch, weil Thieu das Abkommen immer wieder bricht, politisch, um die betrügerischen Manipulationen Thieus und der US-Regierung zunichte zu machen sowie für die Vollendung der neudemokratischen Revolution.

Schon vor der Unterzeichnung des Abkommens lamentierten die bürgerlichen Zeitungen: das Abkommen werde keinen dauerhaften Frieden bringen, es stehe auf tönernen Füßen, es trage bereits den Keim des nächsten Krieges in sich.. weil die Kommunisten es brechen werden und Hanoi seine seit 30 Jahren verfolgten Ziele nicht aufgeben werde.

Damit verleumden sie den Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes! Alle Friedensinitiativen gingen von den Vertretern derFNL und der DRV aus: die Initiative für die Pariser Gespräche, alle Friedenspläne, die bei diesen Gesprächen diskutiert wurden.

Welche Ziele sind es die "Hanoi" seit 30 Jahren verfolgt? Die Be-

freiung ganz Vietnams von imperialistischer und feudaler Unterdrükkung und Ausbeutung, und seit der gewaltsamen Teilung des Landes durch die amerikanischen Aggressoren die friedliche Wiedervereinigung. Alle diese Ziele sind durch die Einhaltung des Abkommens gewährleistet. Wenn man der Regierung der DRV ("Hanoi") irgendwelche Ziele unterschiebt, die den Bruch des Abkommens nötig machen würden, so ist das nicht Unwissenheit, sondern plumpe Lüge und Verleumdung!

Seit der Unterzeichnung des Abkommens schreiben alle bürgerlichen Zeitungen, verkündet der ORF fast täglich: die Kommunisten haben das Abkommen gebrochen. Sie berichten das als "objektive Wahrheit" ohne Beweise, mit der einzigen währ der Erklärungen des Saigoner Regimes. Daß dieses Regime aber in öffentlichen Erklärungen Maßnahmen anordnet, die in eklatanter Weise dem Abkommen widersprechen, wird von den bürgerlichen Zeitungen verschwiegen, verniedlicht oder von einigen offen reaktionären Zeitungen geradezu verherrlicht. Es geht den bürgerlichen Massenmedien darum, jeden eventuellen Bruch des Abkommens durch die US-Regierung schon jetzt zu entschuldigen, schon jetzt die Kommunisten dafür verantwortlich zu machen. Es geht ihnen darum, Thieus Terror zu unterstützen, um wirklich freie Wahlen zu verhindern.

Es geht ihnen darum, zu verhindern, daß viele fortschrittliche, demokratische Menschen am Beispiel Vietnams erkennen: die Kommunisten sind die aufrichtigsten und konsequentesten Kämpfer für Demokratie und Freiheit! Das wird ihnen aber alles nicht gelingen!

VERSTÄRKEN WIR DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT !

Der Kampf des vietnamesischen Volkes geht weiter - es muß auch die Solidaritätsbewegung weitergehen. Nun gilt es, das vietnamesische Volk zu unterstützen, um wirklich freie Wahlen durchführen zu können. Nun gilt es, immer und überall die verbrecherischen Manipulationen des Saigoner Regimes und der US-Regierung aufzudecken. Die Regierungen aller Länder müssen Thieu und die US-Regierung aufs schärfste verurteilen. Tun sie es nicht selbst, müssen die Völker sie durch eine breite Solidaritätsbewegung dazu zwingen.

Nun gilt es, das vietnamesische Volk zu unterstützen beim Wiederaufbau seines Landes. Das bedeutet jedoch nicht nur, Geld zu sammeln, das bedeutet auch, dafür zu sorgen, daß Kreisky (als treuer Freund Nixons) dieses Geld nicht dem Saigoner Regime geben kann, denn dort schadet es dem vietnamesischen Volk. Kreisky war nicht bereit, auf mehrere Anfragen hin zu erklären, wem er das gesammelte und von der Regierung dazugegebene Geld zukommen lassen will. Daher werden wir zusammen mit den Wiener, Linzer, Salzburger und Innsbrucker Genossen eine von der österreichischen Regierung unabhängige Geldsammlung durchführen (solange bis wir wissen, was Kreisky mit dem Geld machen will) deren Ertrag wir sicher in die richtigen Hände leiten werden: der PRR als einziger Vertreterin der Bevölkerung Südvietnams!

Die Vertreter der FNL und der PRR haben immer darauf hingewiesen, daß die internationale Solidaritätsbewegung für den Befreiungskampf eine wichtige Hilfe ist. Die völlige Isolierung in der ganzen Welt machte es dem US-Imperialismus unmöglich, offen den Völkermord zu betreiben. Sie weisen auch immer darauf hin, daß diese Hilfe auch jetzt nach der Unterzeichnung des Abkommens wertvoll ist:

"Wir hoffen ernsthaft, daß die wertvolle internationale Unterstützung und Solidarität im Kampf für die Konsolidierung des Friedens und die Verwirklichung der nationalen Grundrechte des vietnamesischen Volkes und das Selbstbestimmungsrecht der südvietnamesischen Bevölkerung fortgesetzt und verstärkt wird." (Appell des ZK der FNL u. PRR)

Millionen Menschen in der ganzen Welt haben erkannt, daß der Imperialismus das vietnamesische Volk grausam zu unterdrücken und auszubeuten versucht, und unterstützen deshalb den Befreiungskampf. Wegen der Bombardierung der Städte der DRV zu Weihnachten und

anläßlich der Amtseinführung Nixons erreichte die Solidaritätsbewegung einen Höhepunkt: zahlreiche "westliche" Regierungen verurteilten unter dem Druck der Massenbewegung aufs schärfste die US-Regierung. Hafenarbeiter in Australien, Frankreich, Italien und Dänemark boykottierten US-Schiffe. In der ganzen Welt fanden Massendemonstrationen statt: in Utrecht 60.000, in Berlin (DDR) 150.000, in Bonn 20000

Auch in <u>Österreich</u> fanden große Demonstrationen statt! In Wien demonstrierten 8000, in Linz 700, in Graz 500, in Salzburg und Innsbruck 400 und in Klagenfurt 200. Überall gelang es den revolutionären marxistisch-leninistischen Gruppen, eine breite Einheitsfront von demokratischen Menschen für die Demonstrationen zu organisieren. Überall wurde unter den revolutionären Losungen der Marxisten-Leninisten demonstriert. Das war ein großer Fortschritt für die antiimperialistische Bewegung in Österreich! <u>Ein großer Erfolg</u>!

Immer mehr Menschen erkennen, daß der Imperialismus nicht nur gegen das vietnamesische Volk einen grausamen Aggressionskrieg führt, sondern überall die Völker der "dritten Welt" ausbeutet und unterdrückt, jede Befreiungsbewegung blutig niederzuschlagen versucht. Sie erkennen, daß die Solidaritätsbewegung nicht auf Vietnam beschränkt sein darf, sondern den Befreiungskampf <u>aller</u> unterdrückten Völker unterstützen muß.

Immer mehr Menschen erkennen, daß der Imperialismus nicht nur die Befreiungsbewegungen der Völker der "dritten Welt" niederzuschlagen versucht, um diese Völker ausbeuten zu können, sondern auch in den USA, in Kanada, Europa, Japan....auch in Österreich das ganze Volk unterdrückt, ihm demokratische Rechte entzieht usw.(siehe die Artikel über die österreichische Arbeiterklasse und das UOG). Diese Menschen erkennen, daß der Kampf <u>nicht nur</u> als Solidaritätsbewegung geführt werden kann, sondern ein <u>Kampf gegen den Imperialismus auch im eigenen Land sein muß</u>. Diese Menschen erkennen auch, daß der



Kampf gegen den Imperialismus nur geführt werden kann im Bündnis aller unterdrückten Schichten und Klassen des Volkes mit dem Proletariat, der einzigen Klasse, die diesen Kampf konsequent anleiten und durchführen kann, die diesem Kampf eine Perspektive geben kann, den Sozialismus.

Immer mehr Menschen erkennen, daß selbst kleine Völker in ihren Befreiungskämpfen den Imperialismus besiegen können. DIE GERECHTE SACHE WIRD IMMER SIEGEN!

FÜR DAS BÜNDNIS ALLER UNTERDRÜCKTEN KLASSEN UND SCHICHTEN MIT DEM PROLETARIAT

STAATEN WOLLEN UNABHÄNGIGKEIT
NATIONEN WOLLEN BEFREIUNG
VÖLKER WOLLEN REVOLUTION

Zur Gemeinderatswahl in Graz

"Es ist der älteste Trick der Bourgeoisie, den Wahler frei seine Unfreiheit wählen zu lassen, indem man ihm das Wissen um seine Lage vorenthält.
Das, was jemand braucht, um seinen Weg frei wählen zu können, ist Wissen. Was kommt dabei heraus, wenn man einen Mann, der weder Notenlesen noch Klavierspielen lernen durfte, vor ein Klavier stellt und ihm die freie Wahl über die Tasten läßt?"
(Bertolt Brecht, Gesammelte Werke Bd. 20, S.328)

Vorbemerkung:

Zum Verständnis des Charakters der bürgerlichen Parteien sowie für eine richtige Taktik bei Wahlen ist es notwendig, Klarheit sich zu verschaffen über die allgemeine Funktion des bürgerlichen Parlaments. Deshalb der verhältnismäßig lange allgemeine Teil am Beginn des Artikels.

DAS WESEN DER „FREIEN WAHLEN" UND DES BÜRGERLICHEN PARLAMENTS

Die bürgerliche Revolution und die ihr folgende, der politischen Herrschaftsform der Bourgeoisie entsprechende bürgerlich-parlamentarische Republik entwickeln sich auf der Basis der freien Konkurrenz. In dem maße, in dem sich die kapitalistische Produktionsweise gegenüber der feudalen durchsetzt, drängt auf der politischen Ebene die Bourgeoisie die feudale Reaktion zurück, entwickelt ihre Herrschaftsmethoden und sucht nach den diesen Herrschaftsmethoden adäquaten Organisationsformen. Diese entwickeln sich eben in Form der bürgerlichen Republik. In ihr und durch sie macht sich die Bourgeoisie tatsächlich auch zu politisch herr-

schenden Klasse und übt sie die Diktatur über die ausgebeutete Klasse aus, indem sie durch ihren Staat die Klassengegensätze dämpft und reguliert.

Die bürgerliche Demokratie beseitigt formell die politische Ungleichheit der Klassen, reißt die ständisch-feudale Hierarchie der Gesellschaft nieder und setzt das bürgerliche Recht als herrschendes durch. Dadurch entwickelt sich der äußere Schein des Parlamentarismus als Organ der Volksherrschaft. Tatsächlich aber wird die Verwirklichung der formellen Gleichheit zur Bedingung für die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, indem sie das Kapital einerseits, den "freien" Lohnarbeiter ("frei" in diesem Doppelsinne: frei von Leibeigenschaft und frei von Produktionsmitteln) andererseits gleichsetzt und so deren "freien" Austausch auf dem Markt ermöglicht. So bedeutet die kapitalistische "formelle Gleichheit" in Wirklichkeit "die öffentliche Erklärung, daß die Mitglieder einer Gesellschaft nur soweit ungleich, als ihre Kapitalien ungleich sind". (F.Engels).

Die bürgerliche Demokratie ist zugleich die sicherste Herrschaftsform der Bourgeoisie. Sie basiert wesentlich darauf, daß die Gesetze der Kapitalverwertung, d.h. die Gesetze der Profitmacherei, kraft ihrer ökonomischen Potenz die ganze Gesellschaft beherrschen, damit auch daß Denken der ihr unterworfenen Individuen. Die hieraus entsprin gende ideologische Herrschaft der Bourgeoisie über die unterdrückten Massen ist Voraussetzung für das Funktionieren des Parlamentarismus überhaupt, für den Schein der "freien" Diskussion, dessen höchster Ausdruck die "freie" Diskussion im bürgerlichen Parlament ist. Kraft eben dieser ideologischen Herrschaft ist nämlich die Bourgeoisie in der Lage, offene unterdrückerische Gewalt nur in Zeiten der zugespitzten wirtschaftlichen und politischen Krise anwenden zu müssen, wenn das Proletariat und seine Bündnisklassen unter der Führung der revolutionären Partei sich zum direkten Angriff auf das bürgerlich-demokratische System erheben. Ansonsten bürgt das Vorhandensein der verschiedenen bürgerlichen Parteien (und gerade die Tatsache, daß es verschiedene sind) für den "harmonischen" Ablauf des kapitalistischen Produktionsprozesses. Ihre Massenbasis findet die Bourgeoisie im Kapitalismus der freien Konkurrenz in den kleinen Unternehmern, den kleinen Handwerkern, den Bauern und z.T. in den von der Losung der formellen Gleichheit noch geblendeten Proletariern. Aber das Proletariat als diejenige Klasse, deren eigentliche Interessen direkt und unversöhnlich denen der Bourgeoisie gegenüberstehen, beginnt durch seine Partei (damals die revolutionäre Sozialdemokratie), sich zur "Klasse für sich" zu organisieren, sich seiner Aufgaben bewußt zu werden; die revolutionäre Sozialdemokratie ist denn auch anfangs die Partei, die konsequent den demokratischen Schein des Parlamentarismus aufdeckt und schonungslos bekämpft, natürlich nicht ohne die Vorteile, die er gegenüber den feudalen und monarchischen Systemen bringt, auszunutzen.

Die Entwicklung des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus, zum Monopolkapitalismus, damit zur unumschränkten Herrschaft des Finanzkapitals, zur Herrschaft der Monopole, bedeutet auf der politischen Ebene die Entwicklung zur "Reaktion auf der ganzen Linie" (Lenin). Diese Durchsetzung der Tendenz zur Zentralisation und Konzentration des Kapitals beraubt die Bourgeoisie (nunmehr die kleine Gruppe der Monopolbourgeoisie) zunehmend ihrer Massenbasis: denn diese Entwicklung bedeutet Liquidierung von Millionen von kleinen Handwerkern, kleinen Bauern, kleinen Unternehmern durch den gewaltigen Druck der Monopole. Für breite Massen wird deutlich, daß die bürgerliche Ideologie der Freiheit und Gleichheit zur kapitalistischen Realität der Vertreibung der Bauern, Vernichtung der Handwerker und Ausbeutung der Proletarier immer

mehr in Widerspruch gerät. Um ihre Herrschaft zu sichern und aufrechtzuerhalten, ist die Bourgeoisie gezwungen, nicht mehr nur einfach ihre Parolen zu rufen, sondern einerseits ein ganzes System von Lüge, Schmeichelei und Demagogie zu errichten, um die Massen ständig zu tauschen und irrezuführen, andererseits mit einem Teil ihrer monopolistischen Extraprofite die Führer der Arbeiterbewegung zu bestechen und zur Durchsetzung ihrer (der Bourg.) eigenen Forderungen zu benutzen. Die revolutionäre Sozialdemokratie wird zur reformistischen und demit für die Bourgeoisie völlig ungefährlichen, ja im Gegenteil höchst nützlichen Partei.

Im Zuge dieser Entwicklung kann die Bourgeoisie die beiden Methoden ihrer Herrschaft entwickeln, die von Lenin mit "Zuckerbrot und Peitsche" bezeichnet wurden: die Methode der offenen Unterdrückung und die der kleinen Zugeständnisse an die Arbeiterklasse. Die Instrumente dieser Politik sind auf der einen Seite die Parteien des reaktionären Kleinbürgertums, auf der anderen die reformistische Arbeiterpartei: während die erstere offen die Interessen der Monopolbourgeoisie vertritt und nur ihre Massenbasis im verschreckten Kleinbürgertum hat, vertritt die reformistische Arbeiterpartei zwar noch die unmittelbaren Interesses der Arbeiterklasse, aber auch die nur inkonsequent, weil sie das Endziel - den Sozialismus bereits aufgegeben hat, mag sie ihn auch in Worten beschwören; die objektive Funktion dieser Partei besteht darin, durch Zugeständnisse abzuwiegeln.

Je weiter die Entwicklung des Imperialismus selbst aber fortschreitet, desto mehr verliert die reformistische Arbeiterpartei auch ihren reformistischen Charakter, ihre Führer verwachsen immer enger und direkter mit der Clique der Monopolbourgeoisie - sie entwickelt sich zur Partei des Monopolkapitals. Sie ist nicht mehr imstande, auch nur die Tagesinteressen der Arbeiterklasse zu vertreten, vielmehr führt sie nun genauso wie diejenige Partei des Monopolkapitals, die ihre Massenbasis im Kleinbürgertum hat, den direkten Angriff gegen die Arbeiterklasse und alle fortschrittlichen Schichten des Volkes. Auf diese Weise entwickeln sich in den fortgeschrittensten imperialistischen Staaten immer deutlicher zwei Parteien des Monopolkapitals heraus, die sich immer weniger voneinander unterscheiden; wo doch noch Unterschiede bestehen, kommen sie darin zum Ausdruck, daß natürlich jede Partei für sich den größeren Einfluß, die besseren Posten im Staatsapparat etc. bekommen will, und - das ist das wichtigere - in der verschiedenen Massenbasis, die eine je spezifische Art der Demagogie und damit auch eine je spezifische Einsetzbarkeit der beiden Parteien für das Monopolkapital mit sich bringt. (Am deutlichsten tritt diese Entwicklung in den USA zutage, aber auch in den westeuropäischen Ländern, v.a. in der BRD und in Osterreich, ist sie sehr schön zu beobachten! In Ländern wie z.B. Frankreich, Italien etc., wo die Sozialdemokratien im Zuge ihrer Entwicklung zu Parteien des Monopolkapitals gar keine tatsächliche Massenbasis mehr finden konnten, entwickeln sich die revisionistischen KPs im Zusammenhang mit der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion zu offen reformistischen Parteien und übernehmen damit die Funktion der seinerzeitigen reformistischen Sozialdemokratie; vgl. "Volksfront" in Frankreich!).

Dementsprechend haben im Imperialismus die Wahlen primär die Funktion eines Tests: nämlich zu testen, in welche Richtung die Bevölkerung "tendiert", d.h. welcher Demagogie sie im Augenblick leichter zum Opfer fällt bzw. wie weit die parlamentarischee Illusion in den Massen noch einen Nährboden findet. Danach werden dann die erforderlichen Maßnahmen getroffen.

DIE PARTEIEN IN ÖSTERREICH

a) SP, VP, FP

Wie kommt bei diesen drei Parteien ihr Charakter als Parteien des Monopolkapitals zum Ausdruck? Bei FP und VP macht es im allgemeinen keine Mühe, das einzusehen. Allein die immensen Summen, die die "Wirtschaft" für diese Parteien auszugeben bereit ist, sprechen für sich. Die Programme dieser Parteien sind voll von offen gegendie Arbeiterklasse gerichteten Vorstellungen. Allerdings muß beachtet werden, daß die VP in letzter Zeit - mit der Tendenz der Massen nach "links" - versucht, sich ein progressives Image zuzulegen, gleichzeitig jedoch zu einer stärkeren zentralen Führung zu kommen (vgl. Parteitag in Salzburg!). Nur die Verbindung dieser beiden Elemente - ein progressives, ein "Arbeitnehmer"-Image, und dazu die durch eine starke zentrale Führung gegebene Möglichkeit, die Forderungen der Monopolbourgeoisie rasch und widerstandslos durchsetzen zu können (was ja nur durch völlige Ausschaltung der Massen möglich ist) - macht gegenwärtig eine Partei als Regierungspartei für das Kapital interessant. Genau das aber vereinigt im Augenblick die SP in geradezu idealer Weise. So ist es auch ganz folgerichtig, daß die Bourgeoisie vor den letzten Nationalratswahlen (z.B. über ihre direkten Organe "Die Industrie" und "Die Presse") offen die SP favorisierte. Die SP- Regierung hat inzwischen durch ihr glänzendes Eintreten ihr "Verständnis für die Probleme der Wirtschaft" jeden Tag von neuem bewiesen. In der Frage der Stahlfusion etwa wurde das ganz deutlich: während die VP noch erbärmlich über alle möglichen "Stahllösungen" herumlamentierte und doch keine klare Linie finden konnte, hatte die SP die "große Lösung" bereits vollendet, die die Stahl-AG mit einer"starken Führung" (Kreisky) ausstattet und damit einen wichtigen Grundsatz monopolkapitalistischer Unternehmensführung in die Tat umsetzt, gleichzeitig den Aufsichtsrat noch mehr zur Staffage und zum Akklamationsforum für den Vorstand degradiert, um in diesem Akklamationsforum die "Mitbestimmung der Arbeitnehmer" in Form der Drittelparität einzufuhren und so dem Arbeiter das Gefühl zu geben, er arbeite in seinem eigenen Betrieb, und um der "Entfremdung zwischen Arbeit und Kapital entgegenzuwirken" (Kreisky), wobei getrost als eigentlicher Grund eine Stärkung "für alle Fälle" der Machtposition der SP in der Verstaatlichten angenommen werden darf.

Die SP ist also gegenwärtig die weitaus geschicktere und vor allem fähigere Partei des Monopolkapitals, während die VP verzweifelt versucht, durch diverse innerparteiliche Umgestaltungen wieder "attraktiver" zu werden, was wiederum die Unterschiede zwischen den beiden Parteien noch mehr verschwinden läßt. Dementsprechend ist die SP gegenwärtig die Partei, die den Hauptangriff gegen die Arbeiterklasse, die gesamte werktätige Bevölkerung und die studierende Jugend führt. Kreisky hat die Funktion der SP aich treffend und offen charakterisiert, als er in einem Gespräch mit dem "Neuen Forum", in dem er seine Rede auf dem Villacher Parteitag erläuterte, erklärte: "Ich habe von den beiden Perspektiven der sozialdemokratischen Bewegung gesprochen, der revolutionären und der reformistischen, die beide in eine Sackgasse geführt haben." (Zitat nach NF, Heft 229, Feb. 73). Keine revolutionäre Partei, keine reformistische Partei, was kann das wohl sein?

Je mehr man von der Bundesebene zu Land und Gemeinde kommt, umso mehr verschwinden schließlich die Unterschiede zwischen den Parteien völlig, weil hier die "weltanschaulichen Fragen", über die man sich ein wenig streiten konnte, in den Hintergrund treten müssen. Jämmerlicher Kulminationspunkt dieser allgemeinen Tendenz war die Wahlwerbung für die Gemeinderatswahl in Graz, die von

"Graz zuliebe" bzw. "Verliebt(!) in Graz" (SP) über "Für Graz" (VP) bis zu "Wenn's um Graz geht" (FP) sich erstreckte und so de facto zur sophistischen Neckerei und offenen Verhöhnung der Wähler verkam, was sogar die "Kleine Zeitung" zu einem spitzen Kommentar veranlaßte ("Kl. Zeitung" vom 27.1.73). In den Wahlbroschüren freilich wird das dann genauer ausgeführt, hier geht's dann um den "Menschen in Graz", dem wieder vom neuen Kindergarten bis zur dynamischen Stadtplanung alles versprochen wird, was seit zwanzig Jahren nicht gehalten wurde. Einzig die "Bürgerinitiative Pyhrnautobahn" schreckte vor allem die VP und die SP aus dem Schlaf. Hier überschlug sich dann die SP vor lauter "demokratischen" Phrasen, um so die persönliche Vorladung jedes einzelnen Unterzeichners zur Überprüfung der Unterschrift zu verschleiern, die in Wirklichkeit eine zutiefst undemokratische Schikane darstellte, während sich die VP in letzter Minute an das Unternehmen anzuhängen suchte, was die FP in weiser Voraussicht schon von allem anfang an getan hatte.



WAHLWERBUNG GRAZ 73: "DIE GLEICHEN UND DER GELANGWEILTE"

b) Die KPÖ

In der Entwicklung des Imperialismus (mit der Wandlung der reformistischen Sozialdemokratie zur Partei des Monopolkapitals), die in der Tendenz eben auf die Errichtung eines Zweiparteiensystems à la USA abzielt, liegt aber gleichzeitig auch die große Gefahr für den Bestand des Imperialismus selbst. In dem Maße, in dem die Sozialdemokratie auf Grund ihrer offen arbeiterfeindlichen Maßnahmen den Einfluß zunächst auf die fortgeschrittensten, später auf immer größere Teile der Arbeiterklasse und anderer Schichten des Volkes verlieren wird, steigt die Möglichkeit der Entwicklung einer revolutionären Partei zur Massenpartei, wenn diese es versteht, eine richtige, konsequente, revolutionäre Politik zu betreiben. Richtige, konsequente, revolutionäre Politik heißt aber u.a. eindeutige Entlarvung der Monopolparteien, Propagierung der proletarischen Revolution und des Sozialismus als einzige Möglichkeit für die Massen, sich von der Unsicherheit, die sie tagtäglich im Kapitalismus bedroht,

zu befreien; und heißt wirkliche Mobilisierung dieser Massen zum Kampf für ihre eigenen Forderungen. Damit ist bereits gesagt, welche Partei diese Gefahr für den Imperialismus nicht darstellt: die KPO.

Die KPO hat die Propagierung der proletarischen Revolution aufgegeben, sie hat die Entlarvung des Parlaments als eines Theaters, in dem den Massen allerlei vorgegaukelt wird, aufgesteckt, weil sie selbst keine anderen Ziele verfolgt, als bei Wahlen ein paar Sesseln zu ergattern, um vielleicht dann, sollte sie einmal die Mehrheit haben, ganz gemütlich den Sozialismus quasi "per Dekret", durch Reformen etc."einzuführen".

Die KPO, die sich bei den Gemeinderatswahlen als "einzige Alternative" anbieten wollte - dies allerdings bereits nur mehr für die Wahl selbst:"Nur der Stimmzettel der KPO ist ein wirksamer Protest" -, ist eine reformistische Partei wie seinerzeit die Sozialdemokratie, nur mit unvergleichlich geringerem Einfluß. Mit der potentiellen Loslösung von Teilen der Arbeiterklasse von der SP besteht allerdings die Möglichkeit, diese Teile der KP zuzuführen, diese so zu einer Massenpartei zu machen, in der die revolutionären Bestrebungen der Arbeiterklasse reformistisch kanalisiert werden. Die objektive Funktion der KP besteht gegenwärtig also darin, als "bessere Sozialdemokratie" bereit zu sein, unzufriedene Arbeiter, Angestellte, Studenten etc. abzufangen und davon abzuhalten, sich der revolutionären Partei der Arbeiterklasse anzuschließen bzw. eine solche aufzubauen. (In Frankreich und Italien spielen die revisionistischen KPs diese ihre Rolle bereits viel offener!).

Daß sich die KPO ihrer Rolle bereits bewußt ist, zeigt sich daran, daß vor der Gemeinderatswahl einige ihrer Vertreter an uns (die MSO) herantraten mit dem Vorschlag, eine Wahlempfehlung für die KPO herauszugeben, "natürlich mit entsprechender Kritik" etc. Es erhellt daraus 1. daß es der KPO ganz egal ist, was die Leute von ihr halten, wenn sie ihr nur ihre Stimmen geben, 2. daß die revolutionären Kräfte sich zwar ruhig revolutionär geben können, daß sie jedoch tunlichst davon abgehalten werden sollen, sich tatsächlich auf den Aufbau einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse zu konzentrieren, weil es "ja eh die KP gibt". Würden revolutionäre Kräfte einem solchen Ansinnen nachgeben, d.h. eine Politik des kleineren Übels betreiben, so hieße das, bereits von allem Anfang an auf den Aufbau der Partei der Arbeiterklasse zu verzichten - ungeachtet eines vielleicht subjektiv noch vorhandenen Willens dazu.

Eine Stärkung der revisionistischen Partei bedeutet daher keine Schwächung der Bourgeoisie, sondern in Gegenteil eine Unterstützung dafür, die Arbeiterklasse, die fortschrittlichen Studenten und viele andere Teile des Volkes neuerlich irrezuführen, sie noch länger von der Aufgabe einer revolutionären Partei abzuhalten, sie noch länger in der Illusion der parlamentarischen Veränderbarkeit des Kapitalismus gefangen zu halten.

Deshalb konnte die Alternative für Kommunisten bei der Gemeinderatswahl nur der Wahlboykott sein und die verstärkte Anstrengung, den Aufbau einer revolutionären Partei in Angriff zu nehmen.

===================

Das Ergebnis der Wahl zeigte neuerlich, in wie großem Ausmaß die Illusion über die bürgerliche Demokratie noch in den Massen verankert ist. Sie wird das solange sein, als es keine revolutionäre Partei gibt, die systematisch den Klassencharakter all dieser Institutionen aufdeckt. Die KPO, für die der Klassencharakter des Parlaments schon lange nicht mehr existiert, erlitt Schiffbruch (Stimmverluste vor allem in Arbeiterbezirken!). Das beweist, daß eine vierte bürgerliche Partei für die BOURgeoisie gegenwärtig keine Notwendigkeit darstellt.

Wachsende Kampfkraft der österreichischen Arbeiterklasse

SEIT DEN 50-ER JAHREN...

konnte in Österreich ohne große Mühe an der Existenz einer Klasse vorbeigegangen werden. Seit den 50-er Jahren hatte die Kapitalistenklasse leichtes Spiel und konnte frech behaupten, bzw. durch ihre Agenten Klaus und Kreisky u.a. behaupten lassen, es gäbe eigentlich keine Arbeiterklasse mehr, sondern nur mehr Sozialpartner.

Die Arbeiterklasse war aus der Offensive in die Defensive gedrängt worden und erlitt mit dem großen Generalstreik vom Oktober 1950 eine Niederlage. Im Zuge der Konjunktur ab Mitte der 50-er Jahre und der Stabilisierung der bourgeoisen Herrschaft gelang es der SPÖ, die Arbeiterschaft mit "Zuckerbrot und Peitsche" niederzuhalten. "Zuckerbrot" in Form von innerbetrieblichen Besserstellungen für alle Klassenversöhnler und Arbeiterverräter, "Peitsche" für alle Radikalen und Kommunisten in Form der Entlassung aus dem Betrieb und des Hinausschmisses aus dem ÖGB.

DOCH...

seit 1969 beginnt sich die Lage zu ändern. Die Arbeiterklasse leitet überall - noch unorganisiert und spontan - gegen die Offensive der Kapitalistenklasse die Gegenoffensive der Arbeiterklasse und aller Werktätigen ein.

DIE OFFENSIVE DER BOURGEOISIE

Gegen Ende 1968 machte sich auch in Österreich die Rezession bemerkbar, die 1966 in Europa und besonders in der BRD herrschte.

Diese Wirtschaftskrise ist Ausdruck der zunehmenden Verwertungsschwierigkeiten des internationalen Finanzkapitals. Es wird immer schwieriger, noch irgendwo auf der Welt einen Anlagemarkt zu erobern, wo nicht bereits andere Finanzgruppen auch schon sitzen, ebenso verschlechtern sich zunehmend die Absatzmöglichkeiten für Waren. Verschiedene Monopole geraten in Konkurrenz zueinander um diesen oder jenen Absatzmarkt. Dabei ist auffallend, daß in diesem Ringen sich zwei Blöcke bilden: auf der einen Seite die amerikanischen Monopole, die aufgrund ihrer bisherigen politischen und ökonomischen Dominanz die vorherrschende Stellung am Weltmarkt verteidigen müssen, und auf der anderen Seite die europäischen Monopole, an ihrer Spitze die BRD-Monopole, und die japanischen Monopole, die im Vergleich zu ihrer ökonomischen Potenz am Weltmarkt bisher zu kurz gekommen sind. Ziemlich "günstig" verläuft derzeit dieses Ringen für die US-Monopole vor allem deshalb, weil die BRD und Japan sich einen erbitterten Kampf um den europäischen Markt liefern.

Kampf um den Markt heißt aber, entweder den Gegner im Preis unterbieten oder mittels Gesetz am Verkauf in einem Land zu hindern (z.B. darf ein bestimmtes japanisches Farbfernsehgerät in der BRD nicht verkauft werden, da von der AEG eine einstweilige Verfügung eingebracht wurde; dieses Gerät ist ca. 800,-- DM billiger als die vergleichbaren deutschen Geräte).

Zum europäischen Markt gehört auch Österreich - und in Österreich hat die deutsche Großindustrie einen bedeutenden Einfluß.
Um also konkurrenzfähig gegenüber ausländischen Konzernen zu bleiben, muß man im Normalfall billiger produzieren. Dies ist ganz besonders wichtig, wenn man einen neuen Markt erobern will, also Konkurrenten verjagen will.
Der Expansion der Kapitalisten - und eine solche läuft gegenwärtig auch in Österreich an - geht aber die Offensive gegen die Arbeiterklasse voraus. Die Bourgeoisie bereitet auf dem Rücken der Arbeiter die Expansion vor. Mit Hilfe der ÖGB- und SPÖ-Spitze wurden von 1969-1972 die Löhne auf jede nur erdenkliche Weise gedrückt, innerbetriebliche Sozialleistungen abgebaut, die Preise systematisch in die Höhe getrieben (man nehme ein für Studenten besonders leicht einsichtbares Beispiel: konnte man 1966 noch ein Zimmer um 300-400 ö.S. Monatsmiete bekommen, so mußte man 1972 schon von Glück sprechen eines um 600 ö.S. zu erhalten); gleichzeitig wurde das Arbeitstempo ungeheuer gesteigert, es kam zu einer Intensivierung der Arbeit um mehr als das Doppelte, eine Akkordhetze ohnegleichen und die Kapitalisten rationalisierten und entließen Arbeiter. Als Folge dieser Verschärfung begann die

DIE OFFENSIVE DER ARBEITERKLASSE

Anfangs gelang es der ÖGB-Spitze und der SPÖ noch, die Kämpfe abzuwiegeln. Aber als erstes Zugeständnis mußte die Forderung nach der 40-Stundenwoche vom ÖGB übernommen werden - nicht weil die SP- oder ÖGB-Führung plötzlich Arbeiterfreunde wurden, sondern weil die Unzufriedenheit und der Druck in den Betrieben wuchs und die SPÖ um ihre Wähler zu fürchten begann. Wessen Klasse Kind die ÖGB-Bonzen und die SP-Führung sind, bewiesen sie, indem sie die 40-Stundenforderung sabotierten und in der Paritätischen der Etappeneinführung bis 1975 zustimmten.
Doch ab Ende 1969 rissen die spontanen Kämpfe der Arbeiter nicht mehr ab. Da alle Streiks, mit Ausnahme der größten und längsten, von der bürgerlichen (inklusive der KP-Presse) Presse totgeschwiegen wurden, hier einige Beispiele:

- o-Streik bei Bauknecht in Rottenmann (3 Wochen, erst Benya selbst gelang es durch viele "Versprechen"den Streik abzuwürgen)
- o-Streik in den Glanzstoffwerken in St.Pölten
- o-Solidaritätsstreik für den entlassenen Betriebsrat Knoll bei Elin-Weiz
- o-Zwei Streiks der Schweißer bei Alpine-Zeltweg gegen die Akkordhetze
- o-Streik in zwei Abteilungen bei Böhler-Kapfenberg gegen Zeitnehmer und Akkordhetze
- o-Streik in der Aufzugsfirma Wertheim in Wien gegen die skandalösen Lohnabschlüsse
- o-Streik in den Wiener Möbelfabriken gegen die Tariflohnabschlüsse
- o-Streik in der Hauptwerkstätte der Wiener Verkehrsbetriebe
- o-Streik bei Puch-Thondorf gegen die Einführung der analytischen Arbeitsplatzbewertung
- o-Streik im Gußstahlwerk Judenburg um lineare Lohnerhöhung
- o-Streik in der ÖBB-Hauptwerkstätte in Linz
- o-Streik in der Stadlauer Lederfabrik
- o-Streik bei SGP in Graz
- o-zahllose kleinere Streiks in Abteilungen können hier nicht berücksichtigt werden.

Alle diese spontanen Kämpfe zeigen, daß die österreichische Arbeiterklasse nicht mehr gewillt ist, den Druck und den Terror der SP in den Betrieben hinzunehmen.
Ausdruck fand die Erkenntnis der Arbeiter, daß sie von der SP verraten und verkauft werden, auch in den Ergebnissen der letzten Betriebsratswahlen. Diese Wahlen sind jedoch nicht so zu interpretieren, daß die KP/GE nun großen Einfluß in der Arbeiterschaft gewonnen hätte, sondern

die Wahl von GE-Betriebsräten war Ausdruck der Unzufriedenheit mit der Politik der SPO im Betrieb wie in der Regierung, war ein Denkzettel der Arbeiter für die SPÖ. Dies drückte ein Arbeiter von Elin besonders klar folgendermaßen aus: "Ich hab bisher SP-Betriebsräte gewählt, doch die glauben sie können alles mit uns machen, wir werden alles schlucken; diesmal hab ich meine Stimme der GE (Gewerkschaftliche Einheit) gegeben; die werden zwar auch nicht viel besser arbeiten, aber denen von der SP haben wir eines auswischen müssen" (die Anspielung mit dem "auch nicht viel besser arbeiten" bezieht sich auf den bei Elin üblichen Aufstieg vom Arbeiterbetriebsrat ins Angestelltenverhältnis).

DIE ANGRIFFE DER KAPITALISTEN WERDEN GESTEIGERT

Bereits die Metalltarifrunde im letzten Jahr leitete eine neuerlich Verschärfung des Klassenkampfes ein. Besonders das EWG-Arrangement ist eine der Ursachen. Durch den Anschluß an die EWG haben unsere Kapitalisten sich einen größeren Markt eröffnet, jedoch sich auch einer größeren Konkurrenz ausgesetzt. Dadurch droht eine zunehmende Gefährdung der Arbeitsplätze. Es ist nicht nur mit Betriebsausschließungen in den Branchen zu rechnen, in denen ausländische Monopole zu marktbeherrschenden Unternehmen in Osterreich werden, also Schließungen aus Konkurrenzunfähigkeit, sondern es ist auch mit Schließungen in den Branchen zu rechnen, in denen trotz immenser Profite (aufgrund immer schnelleren Anwachsens des Teils des Kapitals, der aus Maschinen, Rohstoffen, Hilfsmitteln usw. besteht im Verhältnis zu dem Teil, der in Löhnen ausgelegt wird) es zu Zusammenlegungen von Betrieben kommt, wobei dann weniger profitable Zweigunternehmen oder Tochtergesellschaften geschlossen werden. - Z.B. waren die Profite in der Papierindustrie noch nie so hoch wie 1972, trotzdem kommt es laufend zu Betriebsstillegungen. - Gleichzeitig ist mit einer weiteren Verstärkung der Angriffe der Kapitalistenklasse auf die Löhne zu rechnen. Das Stabilisierungsabkommen ist der erste schwere Schlag. Die Löhne sollen gestoppt werden, damit die Preise munter weiterklettern.

Doch die Offensive der Kapitalisten richtet sich nicht nur gegen die Arbeiterklasse.

Auch die Neuen Mittelklassen (darunter sind Angestellte in der Industrie, Lehrer, große Teile der Ärzteschaft, Beamtentum usw. zu subsummieren) werden durch die Preissteigerungen getroffen, auch für sie gilt das Stabilisierungsabkommen (vgl. die Reaktion auf den Lehrerstreik).

Die alten Mittelklassen (dazu gehören alle kleinen Handwerker) werden durch die Mehrwertsteuer getroffen - die Zahl der Klein- und Kleinstbetriebe nimmt rapide ab, die ehemaligen Eigentümer werden zu "Unselbständigen".

In der Landwirtschaft werden die kleinen Bauern systematisch mittels Hypotheken und Zinsrückzahlungen sowie durch den grünen Plan ruiniert und der Großgrundbesitz ausgeweitet.

Und nicht zuletzt dient auch das UOG und die Hochschulreform der Kapitalistenklasse zur Disziplinierung und zur Kosteneinsparung bei der Ausbildung von neuen Arbeitskräften.

SCHLUSSFOLGERUNG

Wegen der verschärften Konkurrenz und der anlaufenden Expansion des BRD-Kapitals ergibt sich für die Kapitalistenklasse die Notwendigkeit für Ruhe im Inneren zu sorgen. Es gilt die wahre Opposition zum Schweigen zu bringen. In diese Richtung zielen auch alle Maßnahmen der Regierung, dem geschäftsführenden Ausschuß der Bourgeoisie. Die Bourgeoisie greift dabei ohne Bedenken zur übelsten Demagogie und versucht durch Versprechen das Volk hinter's Licht zu führen ("die Preise werden stabilisiert werden", erklärte Androsch; "wir bauen am europareifen Osterreich", versprach die SPÖ zu den Wahlen). Jedoch geht dies nicht mehr so glatt, wie noch vor ein



paar Jahren. Die Arbeiterklasse ist in Bewegung geraten und versucht spontan ihre Interessen durchzusetzen.

UNSERE AUFGABEN

Die KP/GE macht keine kommunistische Politik in den Betrieben. Wie gerade der Streik in Judenburg zeigt, wacht die KP/GE erst auf, wenn die Rufe der Streikposten an ihre Ohren dringen. Die KP ist nur imstande sich an die spontanen Kämpfe der Arbeiter anzuhängen, aber nicht als Avantgarde diese Kämpfe anzuleiten. Die KI ist außerstande, in der gegenwärtigen Bewegung die Zukunft zu vertreten.

Es ist für uns Kommunisten daher notwendig, nicht nur die spontanen Kämpfe zu kommentieren und in sie einzugreifen, sondern in diesen Kämpfen auch für die Herausbildung einer kommunistischen Bewegung zu arbeiten. Wir müssen den Aufbau eines kommunistischen Arbeiterzirkels auf die Tagesordnung setzen.

Für die Kommunisten an den Hochschulen ist es notwendig, in die demokratischen Kämpfe der Studenten einzugreifen und den Klassenkampf auch im Bündnisbereich zu organisieren.

Setzen wir dem Angriff der Kapitalisten den Angriff der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten entgegen. Entfalten wir den Klassenkampf an allen Fronten.

